

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 52

Ersteinst. Countings. Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mk. ohne Postbestellgebühr. Zur Postbesag. Bestellungen bei allen Postanstalten. Geschäftsstelle Berlin C. 2, Breitestr. 8/9 IV. Fernruf: Zentrum 272

Berlin, den 25. Dezember 1922

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kolonnenzeile 3 Mark; für Verbandsmitglieder 2 Mark; Stellenangebote 2 Mark; Verbandsmitteilungen usw. 1 Mark. •• Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten ••

38. Jahrgang

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Die am 15. bis 17. Dezember in Berlin stattgefundene Sitzung des Beirats hat eine Menderung der Beiträge und der Unterstützungssätze beschlossen, die mit dem 1. Januar 1923 in Kraft tritt. Die Vorlage mit den neuen Beitrags- und Unterstützungssätzen ist an anderer Stelle dieser Nummer zum Abdruck gebracht.

Unter Hinweis auf den § 7 Abs. 2 und 3 des Verbandsstatuts ersuchen wir die Gau- und Ortsverwaltungen, nun sofort auf Grund der für ihren Ort bzw. Bezirk geltenden tariflichen Stundenlöhne die für die Mitglieder vom 1. Januar ab in Betracht kommenden Beitragssklassen festzulegen und dann dahin zu wirken, daß auch alle Mitglieder in der ihrem Verdienst entsprechenden Beitragssklasse steuern.

Die neuen Beitragssarten sowie auch eine genaue Anleitung über die neuen Unterstützungssätze und die Anwendung der neuen Uebergangsbestimmungen für den Unterstützungsbezug werden den Verwaltungen noch vor Jahreschluß zugehen.

2. Für die mit Ende des Jahres 1922 vollgesehenen Mitgliedsbücher werden neue Bücher vorläufig nicht ausgestellt, sondern es sind die alten Bücher für die Beitragsleistung noch für weitere vier Jahre zu verwenden. Die Inhaber solcher Bücher bitten wir, tunlichst schon vor Jahreschluß ihre Beitragspflicht bis Ende 1922 zu erfüllen und die Bücher an die Gau- bzw. Zahlstellenverwaltung zur Verlängerung einzuliefern.

Wir werden zu dem Zweck allen Gau- und Ortsverwaltungen die dafür erforderlichen Blätter zum Einkleben in entsprechender Anzahl zuzufinden. Die Verwaltungen ersuchen wir, vor dem Einkleben dieser Blätter die Bücher einer genauen Kontrolle, insbesondere auch daraufhin zu unterziehen, daß für die im zweiten und dritten Quartal des laufenden Jahres ausgeschriebenen Extrabeiträge die Marken geklebt sind.

3. Eine neue Zahlstelle des Verbandes wird mit unserer Zustimmung am 1. Januar 1923 errichtet im Gau Thüringen: in Tennstedt i. Thür.

4. Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen wöchentlich in

	Beitragssklasse						
	I. Kl.	II. Kl.	III. Kl.	IV. Kl.	V. Kl.	VI. Kl.	VII. Kl.
Braunschweig	5,—	10,—	10,—	15,—	15,—	15,—	—
Darmstadt	7,—	7,—	7,—	7,—	7,—	10,—	10,—
München	—	10,—	15,—	20,—	20,—	25,—	—
Pforzheim	3,—	5,—	5,—	7,—	10,—	10,—	10,—
Saalfeld	5,—	5,—	5,—	5,—	5,—	5,—	5,—
Gau-Südharzen							
Einzelmitgl.	3,—	3,—	5,—	7,—	8,50	10,—	—
		f. weibl. Mitgl.			f. männl. Mitgl.		
Worms		3,—	Mk.		5,—	Mk.	

Vom Verbandsbeitrag erheben in allen Beitragssklassen:

Düsseldorf	10	Proz.
Karlsruhe	15	"
Reutlingen	10	"

Der Verbandsvorstand.

## Beschlüsse des Verbandsbeirats zur Neuregelung der Beiträge und der Unterstützungen.

### 1. Eintrittsgeld.

Das Eintrittsgeld beträgt in der 1. bis 5. Beitragssklasse 25 Mk., in der 6. bis 10. Beitragssklasse 50 Mk. und in der 11. und den höheren Beitragssklassen 100 Mk.

Wiederholt Eintretende, welche wegen Rente gestrichen wurden, haben doppeltes Eintrittsgeld zu entrichten.

Den jeweiligen Teuerungsverhältnissen entsprechend ist dem Verbandsvorstand die weitere Erhöhung dieser Sätze überlassen.

Erfahrungskarten oder Bücher werden vom Verbandsvorstand ausgefertigt. Vom 1. Januar 1923 ab sind für eine Erfahrungskarte 50 Mk. und für ein Erfahrungsbuch 100 Mk. zu entrichten. Den jeweiligen Teuerungsverhältnissen entsprechend ist dem Verbandsvorstand die weitere Erhöhung dieser Sätze überlassen.

### 2. Beiträge.

Der wöchentliche Beitrag beträgt vom 1. Januar 1923 ab:

in Beitragssklasse	bei einem Stundenlohn bis 50 Mk.	Beitrag pro Woche
1	50—75	30,— Mk.
2	75—100	45,— "
3	100—125	70,— "
4	125—150	90,— "
5	150—175	110,— "
6	175—200	130,— "
7	200—225	155,— "
8	225—250	180,— "
9	250—275	215,— "
10	275—300	235,— "
11	300—325	255,— "
12	325—350	275,— "
13	350—375	295,— "
14	375—400	315,— "
15	400—425	335,— "
16	425—450	355,— "
17	450—475	375,— "
18	475—500	395,— "
19	500	415,— "
20	500	435,— "

Für männliche Handwerkslehrlinge besteht eine Lehrlingsklasse mit 5 Mk. Wochenbeitrag. Nach jeder eintretenden Lohnerhöhung werden die für das Obligatorium zur Invalidenunterstützung in Betracht kommenden Beitragssklassen sowie die Höhe des Beitragsatzes dafür vom Verbandsvorstand neu festgesetzt.

Vom 1. Januar 1923 ab ist für alle von der neunten Beitragssklasse an aufwärts steuernden Mitglieder die Beitragsleistung für die Invalidenunterstützung obligatorisch, wofür je 15 Mk. in den obigen Beitragsätzen eingerechnet sind.

Den weiblichen Mitgliedern der 6., 7. und 8. Beitragssklasse ist es freigestellt, neben dem Verbandsbeitrag noch extra einen wöchentlichen Beitrag von 15 Mk. für die Invalidenunterstützung zu leisten.

### 3. Unterstützungen.

Für alle diejenigen Mitglieder, die nach dem 1. Oktober 1922 sofort in die ihrem Verdienst entsprechende für sie zuständige Beitragssklasse ausgerückt sind, sowie künftig auch für solche Mitglieder, die ihrem Verdienst nach in die richtige Beitragssklasse steuerten und bei eintretender Erhöhung ihres Lohnes

gleich in die dann zuständige höhere Beitragssklasse übertreten, gelten damit alle bisher geleisteten Beiträge ohne Umrechnung in voller Zahl als solche der neuen höheren Beitragssklasse.

Mitglieder, die unter diesen Voraussetzungen einen Wechsel der Beitragssklasse vorgenommen, haben bei eintretendem Unterstützungsfall für den Bezug von Arbeitslosen-, Kranken-, Gemäßregelten- und Streckunterstützung Anspruch auf die Unterstützungssätze der höheren Klasse, sobald mindestens 8 Wochenbeiträge der höheren Klasse geleistet sind. Tritt ein Unterstützungsfall ein, bevor 8 Beiträge der höheren Klasse geleistet sind, so gelten die Unterstützungssätze derjenigen Beitragssklasse, in die das Mitglied vor dem zuletzt erfolgten Austrücken gesteuert hat.

Bei allen sonstigen Uebertreten von einer Beitragssklasse in die andere kommen die Bestimmungen des § 8 des Statuts und des § 2 der Ausführungsbestimmungen zum Statut in Anwendung.

Für den Bezug von Umgangs- und Hinterbliebenenunterstützung können nur solche Beiträge in Anrechnung kommen, die vor dem 1. Januar 1923 in der 4., 5., 6. und 7. Beitragssklasse und nach dem in einer dafür in Betracht kommenden höheren Klasse geleistet sind. Bei solchen Mitgliedern, die von einer niederen Beitragssklasse in eine höhere ausgerückt oder übertreten sind, muß für jeden vorkommenden Unterstützungsfall dieser Art zunächst eine Umrechnung der Beiträge der niederen Beitragssklassen in solche der höheren Klasse erfolgen.

Die Unterstützungssätze sind der jeweiligen Beitragshöhe anzugleichen. Der Verbandsvorstand hat daher nach jeder erfolgten Neuregelung der rechnerischen Höhe die Höhe der für die einzelnen Beitragssklassen geltenden Tagesätze, sowie die Zahl der Unterstützungstage bekanntzugeben.

Vom 1. Januar 1923 ab gilt die Unterstützungsdauer

der bish. 1. Beitragssklasse für die neue	1. Klasse
" " 2.	2. u. 3.
" " 3.	4. " 5.
" " 4.	6. " 7.
" " 5.	8. " 9.
" " 6.	10. " 11.
" " 7.	12. "

und für alle höheren Beitragssklassen.

In der Regel soll an Unterstützung gewährt werden:

a) an Arbeitslose:	nach 52 Beitr. wöchentl. das 2/3fache ein. Wochenbeitr.
" 156	3
" 200	3 1/3
" 520	4
" 750	5
" 1040	6

auf die Dauer von 40 Tagen in der niedrigsten, bis zu 140 Tagen in der jeweils höchsten Beitragssklasse.

b) an Kranke:

nach 52 Beitr. wöchentl. das 1 1/3fache des Wochenbeitr.
" 150
" 200

auf die Dauer von 40 Tagen in der niedrigsten, bis zu 100 Tagen in der jeweils höchsten Beitragssklasse.

Zur Berechnung der Tagesätze für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung ist der auf Grund der Beitragsleistung sich ergebende Wochenbetrag durch sieben zu teilen.

c) an Gemahregelte und Streikende:

nach 26 Beitr. täglich das 1 1/2 fache des Wochenbeitr.	52	2
156	3	
200	3 1/2	
520	4	

Außerdem für jedes Kind unter 14 Jahren, dessen Ernährer der Streikende ist, täglich einen Zuschlag in Höhe des zehnten Teiles eines Wochenbeitrages. An Gemahregelte und Streikende wird wöchentlich nur für 6 Tage Unterstützung gewährt.

d) an Umziehende:

von Klasse 8 an aufwärts:		
nach 104 Beiträgen das 10 fache eines Beitrages	156	14
208	18	
260	22	
312	26	
364	30	
416	34	
468	38	
520	42	
780	48	
1040	54	
1800	60	

e) an Hinterbliebene:

von Klasse 8 an aufwärts:		
nach 260 Beitr. d. 6 fache ein. Wochenbeitr. i. 6 Wochen.	520	12
780	18	10
1040	24	13

nur von Klasse 12 an aufwärts

1800 Beitr. d. 30 fache ein. Wochenbeitr. i. 15 Wochen.	125	
höchsten	150	

des für diesen Unterstützungszweig festgesetzten Wochenbeitrages.

**4. Uebergangsbestimmungen.**

1. Beim Bezug von Arbeitslosen- und Krankenunterstützung ist für die Berechnung des Höchstbetrages immer nur die für die einzelnen Beitragsklassen vorgesehene Zahl der Unterstützungstage — nicht die bezogene Summe — maßgebend.

Wenn bei einem bereits vorher begonnenen Unterstützungsbezug — infolge Wechsel der Beitragsklasse — eine Aenderung in der Höhe des Unterstützungssatzes eintritt, wird für den bereits bezogenen Teil der Unterstützung die Zahl der Unterstützungstage — nicht die bezogene Summe — vorgezogen und der restliche Teil nach der an der vorgesehenen Gesamtdauer noch fehlenden Zahl der Unterstützungstage berechnet.

2. Für solche Mitglieder, die mit dem 1. Januar 1923 sofort in die nach ihrem Verdienst für sie zuständige höhere Beitragsklasse aufrücken, wird beim erstmalig eintretenden Unterstützungsfalle, sofern keine 8 Beiträge der neuen höheren Klasse geleistet sind, der Unterstützungssatz nach dem Beitragsatz derjenigen Beitragsklasse berechnet, die vom 1. Januar ab als erste Stufe für die Unterstützungsdauer ihrer bisherigen Beitragsklasse maßgebend ist.

Es ist demnach in solchen Fällen die Höhe der Unterstützung zu berechnen für die Mitglieder

d. bisherig. 1. Beitragskl. n. d. Beitragsatz d. neuen 1. Kl.	2.	2.
3.	4.	4.
4.	6.	6.
5.	8.	8.
6.	10.	10.
7.	12.	12.

**Unsere Buchbinder-Zeitung.**

Das Zeitungsterben läßt auch die Arbeiterpresse nicht ungeschoren. Nach den Einschränkungen der Tagespresse sind infolge der ungeheuren Papier- und Druckkosten auch die Gewerkschaften gezwungen, sich mit einem Abbau in irgendeiner Form abzufinden. Das ist bitter für den, der die Zeitung „macht“, bitter auch für die, die ein Anrecht auf ihr Gewerkschaftsblatt haben. Doch die harten Tatsachen wollen es so. In Nr. 49 konnte berichtet werden, daß diese Nummer unserer Zeitung eine Ausgabe von rund 950 000 Mt. erforderte, d. h. jedes Exemplar kostete der Verbandskasse rund 9,20 Mt. Seitdem sind Papierpreise und Druckkostensteigerungen wieder gewaltig gestiegen, und die vorliegende Nummer, erst die dritte nach der

obigen Kalkulation, wird eine Ausgabe von rund 1 700 000 Mt. verursachen, das sind rund 16,80 Mt. für jedes einzelne Exemplar. Jedem Verbandsmitglied muß nach diesem klar sein, daß unsere Verbandskasse diese Belastung unmöglich auf die Dauer tragen kann, wenn nicht die sonstigen Aufgaben des Verbandes leiden sollen. Deshalb mußte hier eine Aenderung eintreten, die eine Entlastung der Verbandskasse zum Ziele hatte.

Wir haben schon öfter die „Flucht in die Deffenslichkeit“ ergriffen, um unseren Mitgliedern zu zeigen, welche unhaltbaren Zustände eintraten. In den Nummern 7 und 9, sowie 49 unserer Zeitung und auch in dem Bericht der Redaktion an den Verbandsrat ist hierauf hingewiesen worden. Dort sind bereits Wege vorgeschlagen, die eine Behebung der Uebelstände bezweckten. Der Verbandsrat hat die achtsseitige Herausgabe der „Buchbinder-Zeitung“ beschlossen in der Erkenntnis, daß ein geringerer Umfang immer unbefriedigend sein muß, und jedes unserer Mitglieder wird das Empfinden haben, daß mit diesem Beschluß unser Blatt und auch unsere Organisation selbst nur gewonnen hat. Soll dieser Fortschritt jetzt wieder beseitigt werden? Das war die schwerwiegende Frage, vor die sich unser Verbandsrat in seiner jüngsten Tagung neben anderen wichtigen Aufgaben mit gestellt sah. Nach längerer, ernster Diskussion, in der sich unsere Verbandsmitglieder der Wichtigkeit der zur Behandlung stehenden Frage voll bewußt waren, glaubte der Verbandsrat dann in seinem Beschluß ein Mittel gefunden zu haben, um auch der Not unseres Blattes begegnen zu können.

Für unseren Beirat handelt es sich darum, einen Weg zu finden, der die Verbandskasse in etwas von den Millionenausgaben für die Zeitung entlastet, aber auf der anderen Seite das ideale Moment, das in der Aufklärung und Belehrung der Mitglieder, in der Unterrichtung über alle Berufsverhältnisse durch die Zeitung liegt, nicht allzu sehr zu beschneiden. Diese durch die Not bedingte Verquickung der idealen mit der materiellen Seite gibt der Sache die unangenehmste Note.

Der Beirat hat sich über die verschiedensten gangbaren Wege in gründlicher Aussprache unterhalten. An erster Stelle sei da genannt ein Heranziehen unserer Mitglieder zur Kostendeckung. Das könnte geschehen durch Ausgabe von Zeitungsmarken, die monatlich oder vierteljährlich den Mitgliedern eine Sonderbelastung von zurzeit 50 bzw. 150 Mt. auferlegen würde. Die uns oft geschloßerte heilige Scheu unserer Mitglieder vor sogenannten Extrabeiträgen ließ hieron absehen.

Dann wäre in Frage gekommen ein Abonnement auf die Zeitung durch jedes einzelne Mitglied entweder zur vollen Höhe zu Lasten der Mitglieder oder unter Anrechnung des vollen oder eines Teilbeitrages der Abonnementkosten auf die Beitragsleistung. Diesen Weg zu gehen wurde abgelehnt, da der Beirat befürchtete, daß bei voller oder teilweiser Anrechnung der Abonnementkosten eine außerordentliche Belastung der örtlichen Verwaltungen und auch der Verbandskasse in verwaltungstechnischer Beziehung eintreten müßte. Würde das Abonnement ganz zu Lasten unserer Mitglieder gehen, dann sei zu befürchten, daß bei der Zusammenfassung unseres Verbandes nur ein verschwindend kleiner Teil dieses Abonnement vollziehen und damit auch nur dieser kleine Teil als ständige Leser unserer Zeitung in Frage kommen könnte. Es wurde geschätzt, daß sich in diesem Falle nur 20 000 bis 30 000 Bezahler der Zeitung zeigen würden, und der Großteil unserer Mitglieder aus Scheu vor der Extrausgabe jede Fühlung mit dem Verband verlieren würde.

So blieben für unseren Verbandsbeitrag nur noch zwei gangbare Wege übrig, zwischen denen eine Entscheidung gefällt werden mußte. Der eine davon war die Beschränkung des Umfanges der Zeitung auf vier Seiten, der andere war das Beibehalten des vom Verbandsrat beschlossenen Umfanges von acht Seiten, aber eine Verringerung der Auflage. Der Beirat war sich völlig klar darüber, daß auch diesen beiden Wegen sehr starke Bedenken entgegengestellt werden müssen. Die vierseitige Ausgabe der Zeitung hat zwar den großen Vorteil, daß dadurch jedes Mitglied seine Zeitung bekommen und so ein Bindemittel zwischen den einzelnen Mitgliedern und dem Verband beibehalten würde, das sich seit Bestehen unseres Verbandes gut

bewährt habe. Dem steht gegenüber, daß der stetige Befriedigung auslösende Ausbau der Zeitung, der allerdings noch fortgesetzt werden müsse, preisgegeben werde. Ein Vorschlag, die Zeitung zwar im vollen Umfang, aber nur vierzehntätig herauszugeben, fand nirgends Gegenliebe. So blieb nur noch der Weg, die Auflage der Zeitung stark zu vermindern dadurch, daß mehrere Mitglieder zusammen eine Zeitung erhalten und lesen. Auch hier ist sicher, daß dies nicht gerade ein idealer Ausweg ist, er bedeutet nichts weniger als ein Aufgeben des seit Bestehen unseres Verbandes bei uns üblichen Obligatoriums. Keinem der für diesen Ausweg stimmenden Beiratsmitglieder ist die Entscheidung leicht geworden, und wohl nur die Hoffnung, daß der so geschaffene Zustand ein Ausnahmezustand sein wird, wird manche Stimme für ihn haben abgeben lassen, so daß er die Mehrheit im Verbandsrat fand.

Durch diesen Beschluß des Beirats ist in der Zeitungsfrage ein Zustand geschaffen worden, der niemanden — wahrscheinlich auch die für ihn stimmenden Beiratsmitglieder nicht — befriedigen kann. Doch die Not zwingt zu einer Entscheidung, die eine wesentliche Entlastung der Verbandskasse bringen mußte. Und darum werden auch unsere Mitglieder den Beschluß verstehen und ihn in loyalster Weise beachten. Unsere Zeitung soll in erster Linie mit zur Belehrung der vielen Zehntausende dienen, die erst in neuerer Zeit zu uns gekommen sind. Da sollten unsere Mitglieder in kollegialster Weise zusammenarbeiten, damit diese Hauptaufgabe der Zeitung unter dem neuen System nicht leidet. Wenn der eine bei der Weitergabe der Zeitung an den anderen diesen dann besonders aufmerksam macht auf besondere Abhandlungen, dann kann sich vielfach eine Diskussion entspinnen und das Interesse an der Zeitung und am ganzen Organisationsleben kann damit nur gefördert werden. Wir haben das Vertrauen zu unseren Mitgliedern, daß sie sich nicht beherrschen lassen von trassellem Egoismus, sondern daß sie durch liebe- und verständnisvolles Eingehen auf die Beschlüsse unseres Beirats auch unsere und die Organisationsarbeit erleichtern helfen. Unsere Verwaltungen aber ersuchen wir, Maßnahmen zu treffen, damit der Beschluß des Beirats, ab Nummer 1 des nächsten Jahres immer nur auf ungefähr zwei Mitglieder eine Zeitung zu liefern, sich reibungslos in die Praxis umsetzen kann. Wo es möglich ist, daß die Beschränkung zugunsten anderer noch etwas größer sein kann, wie z. B. in Großbetrieben, da soll man von diesen Möglichkeiten Gebrauch machen. Die Gesamtorganisation hat den materiellen Vorteil davon. Und diesen herbeizuführen, war der Zweck des Beiratsbeschlusses.

**Die 7. Tagung unseres Verbandsbeirates,**

die vom 15. bis 17. Dezember in Berlin stattfand, stand vor der Aufgabe, außerordentlich schwierige und schwerwiegende Probleme zu lösen. Galt es doch diesmal in erster Linie, Richtlinien für die Finanzierung des Verbandes festzulegen, die es ermöglichen, auch unter den gegenwärtigen katastrophalen Verhältnissen die Aktionstrost des Verbandes zu erhalten und vor dem schlimmsten zu bewahren. Dabei erwies es sich als unmöglich, an altüberbrachten und in den langen Jahrzehnten gewerkschaftlicher Betätigung für selbstverständlich gehaltenen Grundsätzen festzuhalten. Sowohl im Beitrags- und Unterstützungswesen als auch in der Zeitungsfrage mußten Beschlüsse gefaßt werden, die eine — in der Zeitungsfrage hoffentlich nur vorübergehende — Abkehr von alten Gepflogenheiten darstellten. Diese Beschlüsse sind den Beiratsmitgliedern nicht leicht geworden, und vor allem in der Zeitungsfrage hat mancher nur schweren Herzens an einen Beschluß mitgewirkt, der eine grundsätzliche Aenderung des bisherigen Bezugsrechtes der Mitglieder darstellt mit dem Ziele, unsere Verbandskasse von einem Teil sehr drückender Ausgaben zu befreien. In der Beitrags- und Unterstützungsfrage wurde ein Schlüssel festgelegt, der es ermöglicht, bei allen weiteren Steigerungen der Löhne die Beiträge sowohl wie die Unterstützungen diesen sofort anzupassen. Damit dürfte zugleich eine aus Sparmaßregeln gegründete vom Beirat selbst gewünschte Einschränkung seiner weiteren Einberufung gegeben sein.

Leider mußte bei der schwierigen finanziellen Situation das Obligatorium der „Buchbinder-Zeitung“

fallen. Das große Zeitungssterben darf unsere Gewerkschaftsblätter nicht mit erfassen, und darum müssen wir jetzt das Opfer bringen, daß in Zukunft infolge der ungeheuerlichen Papierpreise nicht mehr jedes Mitglied eine Zeitung erhalten kann, sondern mehrere in einer Werkstatt zusammenarbeitende sich mit einem Exemplar begnügen müssen. So außerordentlich bedauerlich das ist, es erschiebt dem Beirat noch immer das kleinste Uebel unter allen anderen Vorschlägen, um der Verbandskasse Millionenausgaben zu ersparen. Hoffen wir, daß die Verhältnisse sich bald wieder so gestalten, daß wir unser altes, bewährtes Obligatorium wieder einführen können.

Jedenfalls hat der Beirat in seiner dreitägigen angestrengten Tätigkeit gezeigt, daß er sich durchaus seiner Verantwortung bewußt war, so daß zu erwarten ist, daß die weittragenden Beschlüsse sich bald zum Segen des Verbandes auswirken werden.

**1. Verhandlungstag.**

Kollege Hauelsen eröffnete die Sitzung am 15. Dezember, vormittags 9 Uhr, mit einer Begrüßung der Erschienenen. Auf der Tagesordnung stand:

1. Situationsbericht;
2. Erhöhung der Eintrittsgelder, der Beiträge und der Unterstufungen;
3. evtl. Einschränkung des Umfangs oder der Auflage der „Buchbinder-Zeitung“;
4. Ausgestaltung der Unterstufungskasse für Funktionäre;
5. Verschleidenes.

In einem eineinhalbstündigen Referat gab Kollege Hauelsen einleitend einen Situationsbericht über die gegenwärtigen Verhältnisse im Verband sowie über die wirtschaftliche Lage im allgemeinen. Er wies, anknüpfend an die letzte Beiratsitzung, darauf hin, daß seitdem so vieles schlechter geworden ist. Die ungeheure Teuerung, der rapide Verfall der Mark ist in niegeahnter Weise vorwärts geschritten. Sie haben Verhältnisse geschaffen, die uns nahezu an den Abgrund gebracht haben. Das Steigen der ausländischen Zahlungsmittel erschwert immer mehr die Einfuhr notwendiger Rohprodukte. Eine durchgreifende Besserung des verworrenen Wirtschaftslebens ist vorläufig kaum zu erwarten, weil sie in der Hauptache nur durch die Aufhebung des Versailles Vertrages möglich ist. Hieran ist aber jetzt wenig zu denken in einer Zeit, wo man sogar noch schärfere Maßnahmen gegen Deutschland im Auge hat und u. a. die Befegung des Ruhrreviers erwägt sowie mit einer Annexion des Rheinlandes droht. Die durch die verworrenen Verhältnisse bedingten krankhaften Zustände des Geldmarktes zeigen bereits bedenkliche Rückwirkungen auf das Wirtschaftsleben, in erster Linie auf den Arbeitsmarkt. Auch in unserem Berufe sind Anfänge größerer Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten zu beobachten und die Befürchtung ist nicht von der Hand zu weisen, daß in der nächsten Zeit eine weit größere Verschlechterung des Arbeitsmarktes zu erwarten steht, wenn nicht außerordentlich bessere Umstände bis dahin eintreten.

Zu den Ergebnissen der zentralen Lohnverhandlungen übergehend, verweist Hauelsen auf die diesbezüglichen Berichte in der „Buchbinder-Zeitung“. Er hebt hervor, daß nach einer dem Beirat vorgelegten Zusammenfassung die Löhne im Durchschnitt um rund das 500fache gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen sind. Die große Bedeutung dieser zentralen Verhandlungen zeigt die einfache Tatsache, daß bei den je 10 Verhandlungen mit den Api- und Adbel-Verbänden, die im Laufe dieses Jahres stattgefunden haben, insgesamt eine wöchentliche Lohnzulage von 723 Millionen Mark für die Kollegenschaft erreicht wurde. Allerdings dürfen wir uns trotz dieser gewaltigen Summe nicht der Tatsache verschließen, daß diese Lohnerhöhungen bei weitem nicht ausreichend genug waren, um die noch viel größeren Lebensmittelpreissteigerungen weit zu machen.

An seinen weiteren Ausführungen verweist er auf die seit dem Sommer sich zeigenden Anzeichen auf die achtstündige Arbeitszeit. Unter dem Vorzeichen einer notwendigen Produktionssteigerung will man den Achttundentag unter allen Umständen beibehalten. Auch wir halten eine Produktionssteigerung für notwendig, aber es gibt doch noch Mittel und Wege, diese zu erreichen, ohne den Achttundentag anzugreifen. Die Arbeiterschaft wird also auf der Hut sein müssen und weiter ein wachsames Auge darauf haben, ebenso wie die Spitzenverbände alles tun werden, was in ihrer Macht steht, um diese Gefahr von der Arbeiterschaft abzuwenden.

Zu den finanziellen Verhältnissen der Verbandskasse übergehend, weist er eingehend deren missliche Lage dar, wodurch die Aktionsfähigkeit des Verbandes stark gefährdet und eingeschränkt wird. Leider hat sich der letzte Beiratsbeschluss bezüglich der Beitragszahlung bei dem katastrophalen Marktfurz als

**An unsere Betriebsräte.**

Die Papier und Pappe erzeugende Industrie hat das Bestreben, möglichst viel der von ihr erzeugten Produkte zu exportieren.

Die papierverarbeitende Industrie hat hingegen die Pflicht, dahin zu wirken, daß nur dann Papier und Pappe nach dem Auslande ausgeführt werden kann, wenn der für die deutsche Industrie notwendige Bedarf vollständig gedeckt ist.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer der papierverarbeitenden Industrie haben deshalb im Außenhandelsausschuß und in der von diesem eingeleiteten Kontingenzierungskommission stündig in diesem Sinne gewirkt. Das ist den Papier- und Pappfabrikanten durchaus unangenehm. Sie bestreiten, daß irgendwie Mangel an Papier und Pappe vorhanden sei und lassen erkennen, daß, wenn ihnen in der Ausfuhr nicht weitgehendes Entgegenkommen gezeigt werde, Betriebs Einschränkungen und Betriebsstillegungen zu erwarten seien.

Wir bitten nun die Betriebsräte, uns umgehend Mitteilung darüber zugehen lassen zu wollen, wo und in welchem Umfang wegen Mangel an Papier und Pappe jeder Art Störungen im Produktionsprozeß sich ergeben haben. Der Verbandsvorstand.

hemmend erwiesen, da er den Vorstand hinderte, die Beiträge den Löhnen anzupassen. Dadurch sind der Kasse Millionen verlorengegangen. Es muß daher diesmal eine Nichtsichtur gefunden werden, die es uns ermöglicht, fortlaufend Löhne, Beiträge und Unterstufungen miteinander in Einklang zu bringen. Auch wird man wohl oder übel auch an eine Einschränkung der Zeitung herangehen müssen, deren wöchentliche Ausgabe bereits auf 1 1/2 Millionen angemessen ist. Mit einer Verkleinerung des Tarifausschusses befaßte man sich bereits seit längerer Zeit, um die großen Kosten bei den Lohnverhandlungen herabzusetzen. Es ist zu hoffen, daß hierbei eine betriebigende Lösung gefunden werde.

Dann weist er darauf hin, daß der Vorstand entsprechend dem Wunsche des Verbandstages beschloffen hat, nunmehr einige Arbeiterhochschulen mit geeigneten Kollegen und Kolleginnen zu besetzen, wenn auch die Kosten dafür recht hohe sind. Die Kosten für einen Teilnehmer an der Frankfurter Arbeiter-Abendmeie stellen sich auf ungefähr 1/2 Million Mark. Ferner habe der Vorstand seit der letzten Beiratsitzung erreichende Bestimmungen über die doppelte Organisierung getroffen. Auch über die Entschädigung der Kurzarbeiter ist eine grundlegende Änderung getroffen worden, die den Bedürfnissen mehr entspricht. Die vom Verbandstag beschlossene Urabstimmung über den graphischen Industrieverband glaubte der Vorstand nicht durchführen zu brauchen, weil der Antrag zur Voraussetzung hatte, daß auch die anderen graphischen Verbände dieselbe vornehmen. Nachdem die Steindruckerei diese Urabstimmung jedoch abgelehnt haben, erübrigte sich die Abstimmung. Zudem habe die Urabstimmung im Buchdruckerverband auch inzwischen ein abnehmendes Ergebnis gezeigt, so daß durch die beiden Tatsachen allein die Erreichung eines graphischen Industrieverbandes auf absehbare Zeit illusorisch gemacht worden sei. Wenn einige kommunikativen Zeitungen sich gelegentlich der Urabstimmung im Buchdruckerverband zu der Behauptung verließen haben, daß wir mit dem Buchdrucker-vorstand ein Geheimabkommen getroffen haben, um den graphischen Industrieverband zu Fall zu bringen, so sei selbstverständlich eine solche Behauptung aus den Fingern gelogen. Bei der Tendenz dieser Zeitungen, die Gewerkschaften und ihre Führer fortgesetzt zu verleumben, habe es der Vorstand jedoch unter seiner Würde gehalten, den Blättern eine Berichtigung zu senden.

In der einleitenden Diskussion nimmt Imhof-Berlin das Wort. Er spricht sein Bedauern darüber aus, daß bei den drohenden Gefahren des Arbeitszeitgesetzes die Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht mehr ausgerüstet und auf die Weite gebracht worden sei. Man müsse sich mit den schärfsten Mitteln gegen die Durchbrechung des Achttundentages wehren. Er wünscht weiter, daß alle wichtigen Zahlenergebnisse, wie die Berechnungen über Lohnsteigerungen, Lebenshaltung usw. den Beiratsmitgliedern und im möglichst großen Kreis auch den Funktionären des Verbandes zur Verwendung bei der Agitation zugänglich gemacht werden. Daß die Urabstimmung über den graphischen Industrieverband nicht vorgenommen worden sei, bedaure er.

Küster-Hamburg weist als Vertreter des Tarifausschusses darauf hin, daß dieser die Lohnkommission der Kollegenschaft ganz Deutschlands sei und an seiner Stelle viele örtliche Kommissionen zusammenzutreten müßten, wenn wir keine zentralen Verhandlungen hätten. Diese würde sich aber noch

bei weitem teurer stellen. Trotzdem habe sich der Tarifausschuß mit der Frage befaßt, seinen Kreis zu verkleinern, um Kosten zu sparen. Ein endgültiges Resultat aber liege noch nicht vor.

Wienicke-Berlin glaubt, daß die Zukunft im Wirtschaftlich noch schwächer vor uns liege als sie von Hauelsen angezeigt wurde. Sparen müssen wir, aber man solle nicht am vertehrten Ende sparen. Dies würde aber geschehen, wenn man den Tarifausschuß einschränken wollte. Die Verantwortung dabei sei so groß, daß man es einigen wenigen Personen nicht zumuten könne, dieselbe allein auf sich zu nehmen. Wir wissen alle, daß die Löhne in keinem richtigen Verhältnis zum Bedarf stehen. Das ist nicht bloß bei uns so, sondern eine allgemeine Erscheinung. Es ist zu befürchten, daß die Unternehmer alle Kraft einsehen werden, um in Zukunft bei dem sinkenden Geldwert und Fortschreiten der schlechten Konjunktur einen noch größeren Druck auf die Löhne auszuüben. Deshalb müssen wir wohl oder übel die Verantwortung bei solchen Verhandlungen auf etwas breitere Schultern legen und den Kreis nicht zu klein ziehen. Die Kosten für die Verhandlungen treten nur deshalb so stark in die Erscheinung, weil die Beiträge mit den Löhnen nicht im richtigen Einklang stehen. Er verweist auf die diesbezügliche Statistik der Betriebsräte von Berlin, Leipzig und Stuttgart und bittet dringend um richtige Festlegung der Beiträge, dann werde man auch über die Schwierigkeiten kommen.

Herzog-Berlin: Trotzdem Kollege Hauelsen seine Aufgabe in dankenswerter Weise erledigt hat, hat er keinen Weg zeigen können, wie wir aus dem Dilemma herauskommen. Als einzelne Mitglieder können wir in den Gewerkschaften nicht viel tun, aber vom NGB müssen wir verlangen, daß er mehr als bisher tut. Des weiteren bedauert er die konträre Stellung einzelner Arbeiterführer, wie Kallist, Cohen, Schippel u. a. in der Frage des Achttundentages. Zur Frage der Urabstimmung teile er die Auffassung, daß es besser gewesen wäre, man hätte sie vorgenommen. Jetzt sei sie aber nicht mehr möglich. Nach der Ablehnung des graphischen Industrieverbandes durch den Buchdruckerverband sei aber auch der Graphische Bund eine überflüssige Institution geworden. Eine propagandistische Aufgabe erfülle er nicht mehr, und man könne sich die Kosten für denselben sparen. Der Verbandsvorstand sollte daher der Frage näher treten, ob wir denselben noch weiter bestehen lassen. Auch der Tarifausschuß könne nach seiner Auffassung verkleinert werden. Er hoffe, daß der Tarifausschuß selbst einen solchen Beschluß fassen werde. Bedauerlich ist es, daß Berlin bei den Verhandlungen nur das 470- bzw. 438fache des Friedenslohnes erreicht habe, während die Teuerung in doppelter Weise gestiegen sei.

Zinke-Verbandsausschuß: Wenn wir die Beiratsitzung verlassen, werden wir unseren Mitgliedern eine gewaltige Erhöhung der Beiträge bringen. Von dieser Notwendigkeit sind wir alle überzeugt. Solche Erhöhungen werden von den Mitgliedern immer mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Man solle dann aber bei der Beitragsbewegung sich nicht statt nach dem tatsächlichen Stundenlohn richten, sondern dabei die großen Abzüge für Steuern und für die Sozialversicherung berücksichtigen. Er hofft, daß die Regelung der Beiträge so getroffen wird, daß es nicht notwendig ist, den Beirat schon nach einem Vierteljahr wieder zusammenzubekommen. Eine große Erparnis der Kosten ließe sich auch durch die Verkleinerung des Tarifausschusses erreichen.

Müller-Leipzig wünscht ebenfalls mehr Sparsamkeit bei Delegationen, die sich besonders beim Tarifausschuß möglich machen. Auch die Beiratsitzungen wünscht er eingeschränkt. Wenn Wienicke an der Hand der Statistik nachweist, daß die Arbeiter im Verhältnis zum Lohn zu geringe Beiträge zahlen, dann verlangt er, daß wir 75 Proz. weibliche Mitglieder haben, deren Verdienst erheblich geringer ist. Die Urabstimmung über den graphischen Industrieverband hält er jetzt für überflüssig, auch teilt er die Auffassung der Redner, daß nunmehr auch die Kosten für den Graphischen Bund überflüssig geworden seien.

Eichhorn-München fragt, was der NGB gegen die allgemeine Notlage zu tun gedenkt. Ueber den Achttundentag sei nach seiner Meinung schon zu viel gesprochen und geschrieben worden. Die Frage sei so klar für die Arbeiterschaft, daß man darüber nicht noch weiter diskutieren brauche. Des weiteren spricht auch er sich für eine Verkleinerung des Tarifausschusses aus, doch soll man dies dem Tarifausschuß selbst überlassen.

Hildebrandt-Berlin ist der Meinung, daß es besser gewesen wäre, wenn man schon in der zweiten Hälfte des November die Beiträge entsprechend den Löhnen erhöht und sich nicht Kritik an den Beiratsbeschlüssen gehalten hätte. Er spricht seine Befriedigung darüber aus, daß auch der Tarifausschuß soweit Verständnis für die finanzielle Not unserer Verbandskasse gezeigt habe, daß er sich teils

weise verkleinert habe und seinen Kreis noch enger ziehen wolle. Beim Arbeitszeitgesetz ist die Ferienfrage im Auge zu behalten. Er bemängelt die geringen Löhne unserer Kolleginnen. Die Verbitterung derselben ist verständlich und man müsse bei den weiteren Verhandlungen versuchen, hierin Wandel zu schaffen.

**Goppert** - Hannover wünscht, daß der Beirat im Prinzip entscheidet, daß er eine Verkleinerung des Tarifauschusses für notwendig hält. Ueber die Kompetenzfrage brauche man dann nicht zu streiten. Im übrigen solle man auch den Beirat höchstens zweimal im Jahre einberufen. Eine erhebliche Beitragserhöhung ist diesmal nothgedrungen vorzunehmen. Auch er spricht die Erwartung aus, daß die Spitzenorganisationen mehr und zielbewußter gegen die Räte der Zeit und die der Arbeiterschaft drohenden Gefahren vorgehe.

**Harder** - Verbandsvorstand: Zur Arbeitszeitfrage könne er erklären, daß der ADGB sich wiederholt sehr eingehend damit befaßt habe und nichts unterlassen werde, was notwendig und zweckmäßig erscheine. Wenn hier darauf hingewiesen wurde, daß die Löhne in den kleinen Orten eine größere Steigerung erfahren haben als in den Großstädten, dann darf man nicht vergessen, daß in den kleinen Orten in der Vorkriegszeit stets sehr geringe Löhne gezahlt wurden, und es gerade der Wunsch der Großstädte gewesen sei, diese zu heben, weil sie zu sehr unter der Konkurrenz der Kleinstädte zu leiden gehabt haben. Er wendet sich weiter gegen einen Antrag Eichhorns, nur bestimmte Personen, u. a. auch vom Verbandsvorstand, zu den Tarifverhandlungen hinzuzuziehen. Der Vorstand könne sich nicht so binden lassen, denn in der Praxis sei man doch gezwungen, anders zu handeln.

**Pfäffe** vom Tarifauschuss geht auf einige Bemängelungen bei den Tarifverhandlungen näher ein und zeigt, daß diese unbedeutend sind. Man erkenne u. a. auch den Berliner ohne weiteres höhere Löhne zu, aber die Spanne zwischen Berlin und der VI. Klasse dürfe nicht noch größer werden. Auch er ist der Meinung, daß der Tarifauschuss verkleinert werden könne und dies auch bald selbst tun werde. Ueber das Wie aber sollte man denselben selbst entscheiden lassen. Der letzte Beiratsbeschluss in der Beitragsfrage ist zu bedauern, da er unsere Verbandskasse um Millionen gebracht habe, die nicht so leicht wieder einzubringen sind.

**Hauelsen** - Verbandsvorstand erklärt, daß der Verbandsvorstand alles versucht habe, unabhängig von dem Beiratsbeschluss die Beiträge den Lohnsätzen anzupassen. Leider seien die Widerstände so stark gewesen, daß man sich wohl oder übel an den Beiratsbeschluss halten mußte.

**Duass** - Dresden spricht den Wunsch aus, daß der ADGB mehr als bisher seinen Einfluss geltend machen möge, um im Namen der Arbeiterschaft gegen die ungehörigen Preissteigerungen und Demüthigungen sowie sonstiger reaktionärer Bestrebungen gegen die Arbeiterschaft zu protestieren. Eine Verkleinerung des Tarifauschusses hält auch er für möglich, doch sei die erzielte Ersparnis an Kosten nicht so erheblich.

**Kaulich** - Frankfurt a. M.: Der Verbandsvorstand brauchte bei den stark veränderten Verhältnissen sich nicht an den Beiratsbeschluss in der Frage der Beitragserhöhung zu halten. Eine dreimalige Beitragserhöhung im vierten Quartal wäre viel zweckmäßiger gewesen. Wenn auch das Ergebnis der Abstimmung bei den Buchdruckern recht befriedigend sei, dann brauchen wir doch noch nicht deshalb sofort aus dem Graphischen Bund auszutreten. Im übrigen spricht er sich für Verkleinerung des Tarifauschusses im Sinne eines von Herzog inzwischen eingebrachten Antrages aus.

**Frau Krzmin** - Verbandsvorstand spricht ebenfalls ihr Mißfallen über die Urabstimmung im Buchdruckerverband aus und wünscht weiter, daß insbesondere in der Entlohnung der Arbeiterinnen mehr geschieht, da die Löhne viel zu weit hinter den Männerlöhnen zurückstehen. Voraussetzung für die letztere Möglichkeit ist allerdings, daß wir die Beiträge erheblich erhöhen, denn nach den bisherigen Erfahrungen würde ein notwendiger Vorstoß nicht ohne ernstlichen Kampf abgehen.

**Kollegin Schallert** - Berlin spricht sich in dem gleichen Sinne aus. Sie wünscht ebenfalls, daß die Erhöhung der Frauenlöhne energischer im Auge behalten würde. Andernfalls ist zu befürchten, daß die Arbeiterinnen einmal eigenmächtig vorgehen.

**Hause** - Halberstadt hält es für zweckmäßiger, die Frage der Tarifauschussverkleinerung diesem selbst zu überlassen. Bezüglich des Graphischen Bundes ist zu bedenken, daß wir trotz der Abstimmung im Buchdruckerverband doch eine ganze Reihe Zahlstellen haben, in denen die graphischen Kartelle noch sehr gut zusammenarbeiten, z. B. in bezug auf die graphische Jugend.

**Wienicke** hält es für selbstverständlich, in dem von den Kolleginnen Krzmin und Schallert gewünscht-

## Zum April-Lohnabkommen.

In der letzten Nummer gaben wir davon Kenntnis, daß der Vorstand des Bundes Deutscher Buchbinderinnungen unserem Verbandsvorstand gegenüber die Erklärung abgegeben habe, seinen Mitgliedern empfehlen zu wollen, die bei diesen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nach dem „April“-Tarif zu entlohnen, obwohl offizielle Anerkennung dieses Tarifs vom Bundesvorstand nicht erfolgen könne. In der neuen Nummer des „Allgemeinen Anzeigers für Buchbinderereien“ bringt der Bundesvorstand entsprechend seiner Zusage folgende offizielle Bekanntmachung an seine Mitglieder:

**Beitrag: Lohnabkommen vom 2. Dezember 1922.**

Die Bundesleitung hat sich noch nicht entschließen können, das am 2. Dezember getroffene Lohnabkommen zu unterschreiben. Wir möchten aber unseren Mitgliedern dringend empfehlen, angesichts der wirtschaftlichen Lage sich dem neuen Abkommen möglichst anzupassen.

Die Bundesleitung.

V. A.: Hugo Usher, geschäftsführender Vorsitzender.

ten Sinne zu wirken. Das sei auch jetzt schon das Bestreben des Tarifauschusses gewesen. Leider habe man noch immer kein Verständnis bei den Unternehmern dafür gefunden. Als Hindernis stehen uns besonders der Buchdruckerarif mit seiner geringen prozentualen Festsetzung der Arbeiterinnenlöhne entgegen.

**Hauseisen** geht in seinem Schlusswort auf die verschiedenen in der Debatte gemachten Einwendungen ein, weist auf die widersprechenden Ansichten über die Bemessung der Arbeitszeitfrage hin und betont, daß der ADGB selbstverständlich alles tun werde, um alle Gefahren von der Arbeiterschaft abzuwenden. Aber auch diese Spitzenorganisation mit ihren neun Millionen Mitgliedern muß noch immer mit den realen Machtverhältnissen rechnen und kann nicht alles durchdrücken, was die Arbeiterschaft von ihr verlangt. Im weiteren befreit er dem Beirat die Kompetenz, die Verkleinerung des Tarifauschusses zu beschließen. Es genüge die Aussprache und man solle höchstens den Antrag Herzog, der als allgemeine Regel 12 Tarifauschussmitglieder wünscht, dem Verbandsvorstand als Material überweisen. Dieser werde die Frage im Verein mit dem Tarifauschuss zweifellos zur Zufriedenheit regeln. Daselbe sei mit den Anträgen auf Austritt aus dem Graphischen Bund der Fall. Auch hier müsse man dem Verbandsvorstand freie Hand lassen, nach eigenem Ermessen zu entscheiden.

In der dann folgenden Abstimmung wird der Antrag Herzog, betreffend Zusammenfassung des Tarifauschusses ebenso wie der Antrag Müller betreffend Austritt aus dem Graphischen Bund dem Verbandsvorstand überwiesen.

Hierauf erhält zum zweiten Punkt der Tagesordnung Kollege **Vender** das Wort. In einem längeren Referat weist er mit aller Deutlichkeit auf die jetzigen finanziellen Schwierigkeiten in den gewerkschaftlichen Organisationen im allgemeinen und der unseren im besonderen hin und begründet die vom Verbandsvorstand unterbreitete Vorlage. Außerordentliche Verhältnisse erfordern außerordentliche Mittel. So sei es denn auch uns nicht möglich, an der bisherigen Beitragsklasseneinteilung festzuhalten. Wir müssen diese bewußtlicher gestalten. Bei dem bisherigen System sind wir mit den Beiträgen immer mehr zurückgefallen, obwohl erst der Kasseler Verbandstag den festumrissenen Grundlag ausstellte, daß mindestens ein Stundenlohn als Wochenbeitrag erhoben werden solle. Eine gerechtere Beitragszahlung erheische bei den vielen Lohnstufen auch erheblich mehr Beitragsstufen, weshalb die Vorlage des Verbandsvorstandes bereits 20 Beitragsklassen vorsehe. Allerdings sind die oberen fünf bis sechs Klassen nur als systematischer Aufbau vorbereitender Art für die Zukunft gedacht, da diese Vorlage bereits Stundenlöhne bis über 500 Mk. vorsehe. Die großen Sprünge in der Beitragsfestsetzung müssen wir aber machen, weil die Mitglieder im letzten Halbjahr bei weitem nicht das gezahlt haben, wozu sie der Kasseler Verbandstag verpflichtet hat.

**Zweiter Verhandlungstag.**

Der zweite Verhandlungstag beginnt mit der Debatte über das Referat des Kollegen **Vender** zu den Beitrags- und Unterstufungsfragen und wird in eingehender Weise generell zu der Vorlage des Verbandsvorstandes Stellung genommen. Allseitig wurde anerkannt, daß man einen gewaltigen Sprung in der Beitragsfestsetzung machen müsse, um den Bedürfnissen der Verbandskasse gerecht zu werden. Von allen Rednern kam der Wille zum Ausdruck, die Aktionskraft des Verbandes unter allen Umständen zu stärken. Be-

dauert wurde mehrfach, daß man sich nicht ohne weiteres über den letzten Beiratsbeschluss hinwegsetzen oder auch denselben schriftlich befragt habe, um der Verbandskasse schneller die notwendige Beitragserhöhung zu bringen. Zur Vorlage des Vorstandes selbst wurden mehrfach Änderungen vorgeschlagen, die sich hauptsächlich auf die Staffelung bezogen. Obwohl man zunächst große Bedenken hatte, gegen jahrzehntelange Gewohnheit, jetzt gleich 20 Beitragsklassen einzuführen, kam man doch bei näherer Prüfung immer mehr zu der Ueberzeugung, daß kein anderer Weg mehr übrig bleibe, und auch wir den Weg beschreiten müßten, den bereits eine ganze Reihe von Gewerkschaften beschritten haben. Die Debatte war eine sehr lebhaft und ausgiebige, an der sich die Kollegen **Hildebrandt**, **Schuffenhauer**, **Böhnisch**, **Eichhorn**, **Meizer**, **Kaulich**, desgleichen auch **Vorstands-** und **Auscheidungsmitglieder** beteiligten. Zuletzt wurde eine stebengleibrige Kommission gewählt, bestehend aus den Kollegen **Zinke**, **Vender**, **Imhof**, **Müller**, **Eichhorn**, **Ushermann** und der Kollegin **Schallert**.

Im Laufe der Diskussion war ein Antrag des Kollegen **Siegler-Heilbronn** eingegangen, welcher eine andere Berechnung der jeweiligen Beiträge vorschlag, und zwar sollte danach der Aufbau nach dem April-Reichstaxtarif in der Weise erfolgen, daß die Ortsklassen 1 und 2, 3 und 4, sowie 5 und 6 zusammengelegt werden. Der Durchschnittslohn dieser Klassen sollte dann, abzüglich 10 Proz., die für Lokalbeiträge vorgesehen waren, die Grundlage für die jetzige sowie alle weiteren Beitragsberechnungen bilden.

Dieser Vorschlag wurde besonders deswegen von mehreren Vertretern befürwortet, weil man glaubte, dann nur mit acht Beitragsklassen auskommen zu können.

**Nach etwa einstündiger Beratung gab**

**Zinke** als Vorsitzender der Kommission einen Bericht und betonte, daß die Vorlage des Verbandsvorstandes der Kommission wohl bei ihren Beratungen als die gerechtere erschien. Man habe sie jedoch trotzdem abgelehnt, weil man die vielen Beitragsklassen scheute. Die Kommission empfehle dagegen die Vorlage **Siegler-Heilbronn**, welche ebenfalls den berechtigten Wünschen des Verbandsvorstandes in weitgehender Weise entgegenkommt.

**In der Diskussion warnt**

**Hauseisen** davor, die Vorlage ohne weiteres anzunehmen. Dieselbe müsse noch einer gründlichen Nachprüfung unterzogen werden. Auch

**Herzog** - Berlin bedauerte die Beschlüsse der Kommission und betonte, daß man besonderen Wert darauf legen müsse, die automatische Beitragserhöhung zu erreichen. Aus diesem Grunde sei ihm die Vorlage des Verbandsvorstandes am sympathischsten. An dem starren Beschluss des Verbandstages bezüglich der Beitragsklassen könne man sich nicht halten. In der weiteren Debatte beteiligten sich dann noch die Kollegen **Müller**, **Vender**, **Harder** und **Böhnisch**, die teils die Vorstandsvorlage, teils den Antrag **Siegler** verteidigten.

Bei der dann folgenden Abstimmung wird der Antrag der Kommission mit 17 gegen 8 Stimmen abgelehnt und nach einer weiteren kürzeren Auseinandersetzung mit 20 gegen 10 Stimmen beschloffen, für die erneute Kommissionsberatung die Vorlage des Verbandsvorstandes als Grundlage zu nehmen.

**Nach erneuter längerer Beratung der Kom-**

**mission erscheint dieselbe nochmals und gibt durch Zinke** einen Teilbericht ihrer bisherigen Beschlüsse, um die Meinung des Beirates darüber zu hören.

**Hauseisen** bemängelte, daß man danach die Beiträge erst stets etwa 4 Wochen nach den jeweiligen Lohnerhöhungen erhöhen muß. Dies liege nicht im Sinne des Verbandsratsbeschlusses.

Weitere Diskussionsredner pflichteten dieser Auffassung bei. Es entspann sich eine längere Debatte darüber, ob man bei der Festsetzung der Beiträge gleich den Lokalbeitrag mit einbegreifen soll. Hierüber gingen die Auffassungen unter den Beiratsmitgliedern weit auseinander. Während die einen dies bestritten, wiesen die anderen darauf hin, daß die Ortsverwaltungen sich nicht so die Hände binden lassen könne, da man gerade in der jetzigen schweren Zeit noch erhebliche Opfer für die Kartelle, Sekretariate und Kulturbestrebungen zahlen müsse. Am wesentlichsten neigte man den Ansichten der Kommission zu, bei der Berechnung der Beiträge von den Stundenlöhnen einen angemessenen Prozentsatz für Steuern und Sozialbeiträge in Abzug zu bringen. Mit 26 Stimmen wurde schließlich im Prinzip beschloffen, für die Berechnung der Beiträge nach den Stundenlöhnen von den letzteren 17 Proz. in Abzug zu bringen. Die weitere Anregung der Kommission, die Beitragserhöhung erst 4 Wochen nach einer Lohnerhöhung vorzunehmen, wurde mit 17 gegen 12 Stimmen angenommen.

**Nach weiterer längerer Beratung der Kom-**

**mission gibt**

Zinke die endgültigen Beschlüsse der Kommission wieder, die im wesentlichen in der Annahme der Vorstandsvorlage gipfeln. Er betonte hierbei, daß die Mitglieder, welche am 1. Januar durch ihre hohen Löhne in die höhere Beitragsklasse kommen, sofort Anspruch auf die höheren Unterstützungssätze haben sollen. Die Unterstützungssätze sind so belassen, wie in der Vorstandsvorlage vorgesehen. Zeigt es sich jedoch, daß unsere Befürchtungen bezüglich größerer Arbeitslosigkeit usw. nicht eintreffen, dann will man in angemessener Zeit diese Unterstützungssätze weiter erhöhen. Auch hierauf anschließend fand eine kurze Diskussion statt, in welcher die Kollegin Krzymin sowie Kollege Schuffenhauer Abänderungsanträge dahingehend stellten, schon von der 8. bzw. 7. Beitragsklasse an die Invalidenbeiträge obligatorisch zu erheben, damit die Massen der Kolleginnen sich mehr daran beteiligen können.

Beide Anträge wurden gegen 8 bzw. 5 Stimmen abgelehnt und darauf die ganze Kommissionsvorlage in der an anderer Stelle wiedergegebenen Fassung einstimmig angenommen.

Zum 3. Tagesordnungspunkt hatte Kollege Michalis bereits der Zeitersparnis wegen am Abend des ersten Verhandlungstages das einleitende Referat gegeben. Er wies auf die ungeheuren Zeitungskosten hin, die wiederholt in der „Buchbinder-Zeitung“ eingehend behandelt worden sind. Die Lastsache, daß allein im 4. Quartal bereits 11 Millionen Mark für die Zeitung ausgegeben werden mußten, und diese Kosten im nächsten Jahre noch weitere Steigerungen erfahren werden, zwingt uns dazu, einen Ausweg zu suchen, um die Kosten zu verringern. Bei einer Steigerung des Papierpreises um das 225fache gegenüber dem Friedenspreis sei es leider unmöglich, den bisherigen Zustand aufrechtzuerhalten. Wir verweisen hierbei auf den Artikel „Unsere „Buchbinder-Zeitung“ in der vorliegenden Nummer.)

Menzer-Dresden betonte, daß es eine eigentümliche Sache sei, wenn der Beitrag sich mit der Einschränkung der „Buchbinder-Zeitung“ befassen sollte, da wir doch gerne die Zeitung so weiter haben möchten wie sie bisher war. Er warnte davor, diese nur vierseitig erscheinen zu lassen. Angesichts der traurigen Tatsache des großen Zeitungssterbens soll man die Gewerkschaftspreise noch weiter ausbauen, aber nicht einschränken. Müßte man an der Zeitung erhebliche Ersparnisse machen, dann sei ihm der Vorschlag der sympathischste, die Auflage der Zeitung zu verringern und nur zwei Mitgliedern eine Zeitung zu geben. Man könne aber auch die Versammlungsberichte kürzen und die Inserate fortfallen lassen.

Im gleichen Sinne sprachen sich Busch-Weimar, Schuffenhauer-Chemnitz, Kaulich-Frankfurt und Böhmisch-Keipzig aus. Alle lehnten eine Einschränkung des Umfangs der Zeitung ab und wünschten entweder völlige Entfernung oder doch wenigstens starke Kürzung der Versammlungsberichte, sowie Fortfall der Inserate. Insbesondere betonte Böhmisch, daß es in einem großen Betrieb sehr wohl möglich sein müsse, daß nur 2 bis 3 Mitglieder eine Zeitung erhalten. Bei dem ungeheuren Papierpreis bedeutet die Einschränkung der Auflage auf etwa die Hälfte eine Ersparnis von Millionen.

Im Gegensatz dazu befürworteten Harder und

Hauelsen das Festhalten an dem althergebrachten Obligatorium, weil die Zeitung das einzige unmittelbare Bindeglied zwischen der Organisation und den einzelnen Mitgliedern sei. Unter Berücksichtigung aller Umstände erscheine dann als kleineres Übel eine vierseitige Zeitung.

Sperling-Dortmund und Schade-Vorstandsmitglied befürworteten die Einführung eines Postabonnements. Dann könne man die Zeitung im bisherigen Umfang beibehalten und habe die Gewissheit, daß diejenigen, die die Zeitung abonnieren, auch Interesse dafür haben.

An der weiteren Debatte beteiligten sich noch die Kollegen Reichardt-Stuttgart, Haale-Halberstadt, Krüger-Berlin, Jänemann-Berlin, Frau Krzymin-Berlin und Scharrer-Fürth, die teils für das eine oder andere Problem eintraten.

Bei der folgenden Abstimmung wurde zunächst im Prinzip das bisherige Obligatorium mit 19 gegen 14 Stimmen fallen gelassen. Die Zeitung im bisherigen Umfang erscheinen zu lassen wird mit 24 Stimmen beschlossen, und mit 30 Stimmen wird ferner entschieden, daß sie weiter achtseitig erscheinen soll. Die letzte Abstimmung bezog sich auf die Einschränkung der Auflage, die mit 21 Stimmen gutgeheißen wurde. Schließlich fand noch ein Antrag mit 24 Stimmen Annahme, wonach den Poststellen eine angemessene Anzahl der Zeitung zur Verfügung zu stellen ist.

Eine längere Debatte entspann sich dann bei Punkt 4 der Tagesordnung über die Ausgestaltung der Unterstützungskasse für unbefristete und befristete Funktionäre, der zugleich eine Pensionskasse für die Angestellten angegliedert werden soll. Zu gleicher Zeit wird auch die Gehaltsfestsetzung einer Nachprüfung unterzogen.

Harder erläuterte und begründete in eingehender Weise Zweck und Ziel dieser Einrichtung und verwies darauf, daß der Vorstand mit der diesbezüglichen Vorlage dem Auftrag des Verbandstages und Beirates nachgekommen ist. Er empfahl, die ganze Materie einer kleineren Kommission zur näheren Prüfung zu überweisen. In der folgenden Debatte sprachen sich alle Redner im wesentlichen im gleichen Sinne aus. Dem Vorschlag gemäß wurde die ganze Angelegenheit einer Kommission überwiesen und deren Vorschläge dann zugestimmt. Zu der zu gleicher Zeit beschlossenen Pensionskasse für die Angestellten wurde der Vorstand beauftragt, baldigst vollständige Statuten auszuarbeiten und diese auch den Beiratsmitgliedern zur Kenntnisnahme zu übermitteln.

Zum letzten Punkt „Verschiedenes“ fand zunächst nochmals eine längere Aussprache über die niedrigen Löhne der Arbeiterinnen, die auf die Dauer unerträglich seien, statt. Verschiedene Redner wie Goppert-Hannover, Quas-Dresden, Krzymin-Berlin, Schaller-Berlin wünschten dringend, daß man dem berechtigten Verlangen der Kolleginnen mehr als bisher Rechnung trage. Unsere im allgemeinen geringen Löhne ergeben für die Arbeiterinnen bei dem bisherigen Prozentsatz sehr geringe Sätze, daß deren große Unzufriedenheit durchaus verständlich und berechtigt sei. — Auch die tarifliche Festlegung der Lehrlings-

entschädigung wurde von einigen Rednern zu gleicher Zeit gewünscht.

Hauelsen stimmte den gemachten Ausführungen zu und verwies darauf, daß auch der Verbandstag diese Klagen als berechtigt anerkannt hat und eine Resolution annahm, nach welcher an Stelle des bisherigen Prozentsatzes ein solcher von 80 Proz. der Männerlöhne angestrebt werden soll. Der Tarifausschuss habe wiederholt energische Versuche gemacht, diesen Versuch zu realisieren, bisher jedoch vergeblich. Wie bisher, so gehe es nicht weiter, man werde gezwungen sein, andere Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, um dem berechtigten Verlangen der Kolleginnen nachzukommen. Jedenfalls werde Tarifausschuss wie Vorstand die Angelegenheit weiter verfolgen.

Anschließend entspann sich dann noch eine Debatte über die Jugendbewegung, an der sich die Kollegen Busch-Weimar, Reichardt-Stuttgart und Siegler-Heilbronn beteiligten. Es wurde gewünscht, daß der Vorstand mehr wie bisher entgegenkommen in der Finanzierung der Bewegung zeigen solle und die erheblichen Kosten nicht allein den Vorklassen überlassen dürfe.

Hauelsen und Harder erkennen die Berechtigung an, die Jugendbewegung in weitgehendster Weise zu unterstützen, verweisen jedoch andererseits auf die Schwierigkeiten und Konsequenzen, welche dem Vorstand bei Übernahme solcher Kosten entstehen. Doch wird der Vorstand in Zukunft besondere Fälle einer wohlwollenden Prüfung unterziehen.

Eine längere Debatte entspann sich über einen Antrag Eichhorn-München, den am Kampf in Ludwigshafen beteiligten Mitgliedern die statutarische Streikunterstützung zu gewähren. Hauelsen geht in längeren Ausführungen auf den Streit ein und verweist darauf, daß es sich um einen sogenannten wilden Streik handle, der von kommunistischer Seite verschuldet worden sei und daher auch von der maßgebenden Organisation, dem Fabrikarbeiterverbande, weder sanktioniert noch unterstützt werde. Nach dem Regulate des DGB könne man die verlangte Unterstützung nicht gewähren. Es seien jedoch bereits in zwischen Verhandlungen unter den beteiligten Organisationen im Gange, weshalb es sich empfehlen würde, die Angelegenheit dem Vorstand zur weiteren Erledigung zu überweisen.

In einer längeren Aussprache entscheidet sich der Beirat mit 32 Stimmen dahin, daß es nicht zur Kompetenz desselben gehöre, über derartige Anträge zu befinden.

Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Hauelsen dankt in seinem Schlusswort dem Beirat für seine Tätigkeit in den drei arbeitsreichen Tagen. Er weist auf die einschneidenden und prinzipiellen Beschlüsse hin, die der Beirat in der Beitragsfrage und in bezug auf die Abschaffung des Obligatoriums der „Buchbinder-Zeitung“ gefaßt habe und spricht den Wunsch und die Hoffnung aus, daß alle hier gefaßten Beschlüsse der Organisation zum Segen gereichen werden und Beiratsmitglieder sowohl wie unsere sämtlichen Funktionäre im Sinne dieser Beschlüsse auf die Mitglieder einwirken, um sie von der Notwendigkeit derselben zu überzeugen.

## Heimsfahet.

Von Max Werner. (Fortsetzung.)

„Du bist ein abgefelmter Schweinehund!“ schrie der Steward und verabreichte ihm eine Ohrfeige, daß das Messer zu Boden fiel und Moritz an die Wand taumelte.

„Wie kannst du mich schlagen?“ rief er, nachdem er sich vom ersten Schreck erholte hatte. „Jetzt gebe ich zum Ersten und beschwere mich.“

Eigentlich wollte er nur so schnell als möglich aus dem Bereich der großen Hände des Gestankstewards kommen. Dieser aber faßte ihn bei den Schultern und zwang ihn mit fräglichem Druck, sich auf einen der Drehstühle der Tafel zu setzen.

„Jetzt bleib einmal ganz ruhig sitzen und höre gut zu, was ich dir sage. Du hast gestohlen — halt dein Maul jetzt — und das gestohlene Gut an die Zwischendecker verkauft. Du bist mit einem fremden Schlüssel in den Schrank hier eingebrungen. Wenn ich zum Ersten gehe, weißt du, was geschehen wird. Ich will dich aber nicht unglücklich machen — denn du würdest in Hamburg dem Gericht überliefert werden —, sondern du wirst jetzt tun, was ich dir sage und die Geschichte bleibt unter uns. Morgen schrubbst du die Badekammern, putzt die Bullenaugen und hilfst dem Albert, wo du nur kannst. Fragt dich Stelzner oder ein anderer, dann sagst du, du machst das nur aus Gefälligkeit. Wenn du etwas zu essen haben willst, bekommst du, soviel als nur möglich;

magst du es aber, dem Adolf wieder etwas hinunterzuschleppen, so hau ich dich braun und blau. So, jetzt weißt du, was du zu tun hast und nun kein Wort mehr darüber. Nach, daß du raustommst.“

Zernischt und mit gekentem Kopf verließ Moritz die Messe. Der Steward schloß den Schrank und steckte auch den zweiten, Moritzens Schlüssel zu sich.

Kurz vor neun Uhr kam Albert.

„Jetzt schließe ab und bringe den Schlüssel an Ort und Stelle,“ sagte der Steward und ging seiner Wege, ohne den ihm fraugend nachbildenden Kameraden weiter zu beachten. Was hatte der nun wieder? Wollte er auch nichts mehr von ihm wissen? Albert schüttelte den Kopf, drehte das elektrische Licht ab und schloß die Tür.

Leise auftretend — wie an jedem Abend — näherte er sich der Kabine des Eis-Maschinisten. Leise griff er nach der Klinke und öffnete die Tür — ein heller Lichtstrahl drang ihm entgegen. Verblüfft, mit offenem Munde, blieb er stehen. Hinter dem kleinen Tisch auf dem kurzen Sofa saß der Eisbär und rechts und links von ihm je eine der lieblichen Nachtigallen. Josepha hatte den Mund voll guter Lorte, Hermine hatte Eiscreme und lachte laut auf, als sie dem verduhten Burchen ins Gesicht sah.

Blütend sprang der Maschinist auf: „Underschämter Kerl, wie können Sie sich unterstellen, hier einzutreten, ohne anzuklopfen?“

„Ich handele nach der Vorschrift des Herrn

Stelzner,“ antwortete Albert in festem Tone. Er hatte keine Ruhe wiederverlangt und war entschlossen, die Situation für sich auszugleichen. „Jeden Abend lege ich ohne Geräusch den Schlüssel auf den Tisch, um Sie nicht im Schlafe zu stören. Hätte ich natürlich geahnt, daß —“

„Machen Sie jetzt, daß Sie hinaustommen!“ zischte der Maschinist und Albert schloß die Tür und entfernte sich. Hinter ihm tönte das Gelächter der Nachtigallen. Was hatten die Gänse denn zu lachen? Einen besseren Geschmack hätte er ihnen auch zugetraut, sich in den Eisbär zu verliehen!

Kopfschüttelnd stieg er in seinen Schlafraum hinauf. Er war todmüde und legte sich gleichgültig neben seinen schnarchenden Nachbar. Was würde ihm wohl der Eisbär für die heutige Episode wieder einbrocken? Mit diesem Gedanken schlief er ein und träumte von den Nachtigallen, wie sie auf dem obersten Deck saßen und lustig sangen und lachten und er rang mit dem Eisbär um den Schlüssel zur Messe.

V.

Albert stieg mit Moritz hinauf zum Proviantraum. Jemandwo in der Nähe drehte sich die große Welle der Schiffschraube, er hörte den schleifenden Ton jeden Morgen, es klang wie ein unterirdisches Säghn und Amirichen. An den ersten Tagen hatte er sich über den klagenden Ton gedrgert, jetzt war er ihm ganz vertraut, heute klang er sogar tröstend, ermutigend.

### Die Geschäftslage in der Papierverarbeitung im November.

Die Lage der papierverarbeitenden Gewerbe hat sich, wie der Bund Deutscher Vereine des Druckgewerbes, Verlages und der Papierverarbeitung auf Grund der bei ihm eingegangenen Meldungen der Konventionen und Fachverbände berichtet, weiter zugespitzt. Die Mitte November eingeführten neuen Zahlungsbedingungen der Papierfabrikanten mit ihrer Entwertungsklausel bei Zahlungsverzug werden als unmöglich bezeichnet und haben die schwersten Befürchtungen wachgerufen. Im Zusammenhang hiermit wird an die Adresse der Papierfabrikanten gesagt: „Nach in keinem Monat sind seitens der Verbände so umfangreiche Betriebsbeschränkungen und Arbeiterentlassungen gemeldet worden wie im November. Das sind Sturmzeichen, und jeder, der sich angesichts dieser Lage nicht auf das Allernotwendigste beschränkt, laßt eine ungeheure Verantwortung der Wirtschaft und dem Staat gegenüber auf seine Schultern.“

Ueber die einzelnen Zweige der Papierverarbeitung wird berichtet:

In der Buntpapier-Industrie hat sich die Geschäftslage fühlbar verschlechtert, da der Eingang von Bestellungen, besonders aus dem Auslande, merklich zurückgeht. Auf dem Weltmarkt ist ein schwerer Kampf mit der ausländischen Konkurrenz entbrannt. Rohstoffe standen in genügender Maße zur Verfügung. Da die Weltmarktpreise überschritten sind, wären ausländische Rohstoffe aus dem Auslande jetzt billiger zu beziehen als aus Deutschland, wenn nicht der enorme Zollaufschlag und die Frachten dies unmöglich machten. Die Verkaufspreise wurden erhöht, jedoch unter Aufzählung der stärksten Mäßigung und infolgedessen nicht in dem Maße, um der ständig fortschreitenden Teuerung gerecht werden zu können.

Nach den Berichten der Vereinigung Chromopapier hat sich in diesem Zweige der Papierverarbeitung die Geschäftslage gegenüber dem Vormonat nicht wesentlich geändert. Es wird hier dringend darauf hingewiesen, daß nur durch erhöhte Arbeitsleistung eine Besserung erzielt werden könne. (1)

Der Verein deutscher Gummiwerkstätten berichtet, daß die Beschäftigung in der ersten Hälfte des vergangenen Monats gut war, dagegen am Monatsende nachließ. Die Rohstoffversorgung hat sich gebessert, jedoch sind die Preise ungeheuer gestiegen. Infolgedessen wurden die Verkaufspreise ganz erheblich erhöht. In der Ausfuhr machte sich starke englische Konkurrenz bemerkbar, die unter den deutschen Ausfuhrminibestpreisen andot.

Die Vereinigung der Hersteller photographischer Karten stellt den gleichen Beschäftigungsgrad fest wie im Vormonat. Die Rohstoffversorgung war mangelhaft, die Rohstoffpreise stiegen ganz bedeutend. Ihnen folgten die Verkaufspreise. Die Ausfuhr hat sehr nachgelassen. Neben

Moritz war heute ausnahmsweise recht zuvorkommend. Auch der Steward hatte eine Feierabendmüde aufgetischt, er war bei bester Laune und erzählte, daß er bis nach Mitternacht bei dem Oberloch aus der Zwischendeckstühle „geknippen“ habe.

Albert ging nach der Badekammer, um sein mühsames Tagewerk zu beginnen. Erstauent blickte er um sich: der Boden sauber geschrubbt, das Messingzeug funkelt und blüht und der breite Streifen an dem Bullenauge strahlte wie lauter Gold. Er lehnte um und ergähte das Wunder dem Steward. Der schmunzelte vergnügt und zeigte auf Moritz.

„Unser Moritz hat dir ein wenig geholfen. Das ist ein patentier Kert.“

Albert wurde nicht recht klug aus dem Steward. „Heute abend bleibt Moritz in der Messe und schläft zu“, berichtete der Steward weiter. „Du bist dem Clobären nicht geräuschos genug.“

Daabend winkte er ab, als Albert von seinem Erlebnis in der Kabine des Maschinisten erzählen wollte. „Ach weiß alles, die kleine Josepha hat mir alles erzählt.“

Albert erwartete gespannt das Erscheinen Schaub's. Er kam spät, als die andern Maschinisten schon wieder fort waren, tat als sei nicht das geringste vorgefallen, war im Gegenteil sehr gesprächig und aufgeräumt und unterließ sich in freundlichster Weise mit dem Steward. Albert merkte, daß er von ihm nichts mehr zu befürchten hatte und war froh darüber. (Schluß folgt.)

den hohen Papierpreisen tragen auch die Presse der anderen Materialien zum Nachlassen der Aufträge bei.

Der Verein für getriebenen Photographiekarton teilt mit, daß sich die Beschäftigung und die Rohstoffversorgung gebessert hat. Die Ausfuhr ist etwas lebhafter geworden.

Aus der Tüten- und Beutelfabrikation wird gemeldet, daß der Umsatz infolge der Preis-, Fracht- und Lohnhöhungen auf sämtlichen Gebieten stark zurückgegangen ist. Der Geldmangel macht sich sehr stark fühlbar, so daß nur das Notwendigste gekauft wird.

Nach dem Bericht des Vereins deutscher Papiersackfabriken ist die Beschäftigung bisher zufriedenstellend gewesen. Es wird neuerdings jedoch teilweise geflagt, daß die Aufträge zurückgehen, da die Sackpapierpreise zu hoch sind. Große Werte gehen trotz der außerordentlich hohen Anschaffungskosten zum Teile zurück, der sich heute infolge wiederholter Verwendung billiger stellt als der Papiersack. Ueber die Rohstoffbellegerung wird nicht geflagt.

Der Verband deutscher Faltschachtelfabrikanten teilt mit, daß sich die Beschäftigung nicht gebessert hat. Bedeutend verbessert hat sich jedoch die Rohstoffanlieferung. Nur Chromo-Erhaltarten, ferner Duplexarten sind schwer zu haben. Die Fabriken verlangen hierfür sechs bis neun Monate Lieferzeit. Die Ausfuhr ist infolge weiteren Sinkens der Mark etwas lebhafter geworden. Nur deshalb ist es möglich, einen immerhin angemessenen Inlandspreis noch beizubehalten.

Nach den Berichten des Zentralverbandes deutscher Kartonnagenfabrikanten ist die Lage der Industrie derart, daß sich der Abnehmer in noch stärkerem Umfange als bisher Einschränkung auferlegt. Während in früheren Jahren die letzten Monate vor Weihnachten normalerweise eine außerordentliche Belegung des Geschäfts zur Folge hatten, ist in diesem Jahre das Gegenteil zu vermerken. Besonders die Betriebe, die Packungen für die Zigarettenindustrie herstellen, haben unter der zurzeit außerordentlich ungünstigen Konjunktur dieser Industrie zu leiden. Das Auslandsgefchäft ist nach wie vor durchaus unbedeutend.

Ebenso steht es bei den Betrieben der Vereinigung deutscher Fabrikanten von pharmazeutischen Kartonnagen und Papierwaren, wo sich der Abnehmer ebenfalls nur auf das Allernotwendigste beschränkt.

In der Wellpappefabrikation hat die Beschäftigung außerordentlich stark nachgelassen. Die Rohstoffversorgung war gut.

Laut Mitteilungen des Vereins deutscher Gesichtsblätterfabrikanten hielt sich hier die Beschäftigung im gleichen Rahmen wie im Vormonat.

Für Schreibhefte und Zeichenmittel hat sich infolge der gewaltigen Preissteigerungen die Lage sehr zuungunsten dieser Industrie geändert. Ueber die Rohstoffversorgung wird nicht geflagt, wohl aber über die hohen Preise; Gewebeschlingen um 75 Proz. auf. Die Verkaufspreise wurden am 1. und 16. November um je 60 Proz. erhöht. Gehast wird darüber Klage geführt, daß nicht nur dem Handel das Geschäft aus der Hand genommen wird, sondern sogar auch der Fabrikation dadurch, daß man vielfach in Schulen dazu übergegangen ist, das Papier selbst zu linieren und Schulhefte zu verfertigen.

In der Tapetenindustrie hat sich die Lage nicht gebessert. Auch die Ausfuhr hielt sich in dem bisherigen Rahmen.

Die Unternehmungslust des Buchhandels zeigt noch kein Nachlassen, obwohl sich die Produktionsverhältnisse immer schwieriger gestalten und angesichts der steigenden Preise und der sinkenden Kaufkraft bereits Bedenken hinsichtlich der weiteren Absatzfähigkeit zahlreicher Literaturzeugnisse äußern wollen. Durch den Uebergang zur Berechnung der Preise mit Hilfe von stabil bleibenden, ungefähr den Friedenspreisen gleichwertigen Grundzahlen und den der fortschreitenden Geldentwertung folgenden Schlüsselzahlen verlor der Buchhandel, in die Preisverhältnisse wieder Einheitslichkeit und Uebersichtlichkeit zu bringen. Weitaus die Mehrzahl der Verleger hat sich dem System angeschlossen. Die Schlüsselzahl betrug am Anfang des Monats 210, stieg dann Mitte des Monats auf 300 und beträgt für den Anfang Dezember 400, da die Geldentwertung immer rasendere Fortschritte macht. Mit seinen Preisen hält sich auf

dieser Grundlage der Buchhandel immer noch auf einer niedrigen Stufe gegenüber der allgemeinen Teuerung. Die in den Schlüsselzahlen zum Ausdruck kommende Verteuerung gegen die Vorkriegsverhältnisse entspricht im großen und ganzen der im Reichslebenshaltungsindezes Ausdruck findenden Geldentwertung. Angesichts der Zurückhaltung, die sich der Buchhandel somit bei seiner Preisgestaltung auferlegt, muß er um so entschiedener dagegen Front machen, daß ihm Lieferungsbedingungen gestellt werden, die er nicht zu tragen vermag, und daß namentlich bei den Papierpreisen auf seine Bedürfnisse wenig Rücksicht genommen wird. Der Buchhandel hat es insbesondere bitter empfunden, daß die Durchsetzung einer günstigeren Behandlung der Tagespresse augenscheinlich für ihn nur eine weitere Verschlechterung der Lage herbeiführen soll. Denn die Preise für alle Papiere, wie sie der Buchhandel benutzt, zeigen neuerdings eine wesentlich rascher und härter fortschreitende Verteuerung als das Zeitungsdrukpapier. Auch die nimmehr sich immer rascher folgenden Erhöhungen der Post- und Eisenbahntarife treffen den Buchhandel besonders schwer. Man hat sich daher genötigt gesehen, in einer Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium um Gewährung gewisser Begünstigungen zu bitten, die es dem Buchhandel erleichtern sollten, seine Aufgaben weiter zu erfüllen.

Das deutsche Druckgewerbe stellt fest, daß die Beschäftigung auch im vergangenen Monat überaus schlecht gewesen ist. Industrielle Druckereien waren kaum vorhanden. Es mußte lebhaft zur Arbeitsstreckung übergegangen werden, und nur die augenblicklich gute Konjunktur im Wertpapierdruck ermöglicht vielen Betrieben ihre Aufrechterhaltung; namentlich in Ostpreußen, Schlesien und Bayern ist eine erhebliche Verschlechterung der Beschäftigung festzustellen gewesen. Man hatte erwartet, daß infolge der Weihnachtszeit eine größere Nachfrage einsehen würde, hatte sich jedoch hierin getäuscht. Die Druckpreise wurden um weitere 75 Proz. erhöht.

Hinsichtlich des Zeitungs gewerbes ist zu bemerken, daß zahlreiche Zeitungen von der zweimaligen täglichen Herausgabe zur einmaligen übergehen mußten; zahlreiche Zeitschriften und Zeitungsbetriebe sind völlig zum Erliegen gekommen. Die Verkaufspreise wurden durchschnittlich um 33 1/2 Proz. gegenüber dem Oktober erhöht.

Im Steindruck- sowie im Lichtdruckgewerbe wird allgemein über eine außerordentliche Verschlechterung der Geschäftslage geflagt. In Deutschland ist ein Abzug der Artikel dieser Industrie kaum noch möglich, da sie als Luxusartikel vom Publikum erst in zweiter Linie gekauft werden. Im Ausland ist nur etwas zu erreichen durch intensive Reisetätigkeit, und zwar meistens derjenigen Betriebe, die Spezialartikel liefern. Im allgemeinen muß man auch mit einem Nachlassen der Auslandsbestellungen rechnen. Die Rohstoffversorgung war gut.

Ebenso war die Geschäftslage bei den Betrieben des Bundes der chemographischen Anstalten und Kupferdruckereien Deutschlands. Die Ausfuhr hielt sich ungefähr in den Grenzen des Oktober; lebhafter ist sie nicht geworden.

Der deutsche Musikalienverleger-Verein teilt mit, daß die rapid fortschreitende Entwertung der Mark auch den deutschen Musikalienverleger zwang, von dem bisherigen System der Teuerungszuschläge abzugehen und das im Buchhandel bereits übliche Berechnungssystem einzuführen, das für jedes Verlagswerk einen bestimmten Grundpreis vorsieht, der mit einer vom deutschen Musikalienverleger-Verein veröffentlichten Schlüsselzahl zu multiplizieren ist, um die Ladenpreise zu erhalten. Es wird damit gerechnet, daß diese Maßnahme eine Beeinträchtigung des Umsatzes zur Folge haben wird, wemgleich in Publikumskreisen auch für die Notwendigkeit der Preiserhöhungen volles Verständnis herrscht.

Nach unserer statistischen Erhebungen über die Lage des Arbeitsmarktes im November zeigte sich ebenfalls eine weitere Verschlechterung gegen die Vormonate. Während im August nur 795 = 0,8 Proz. Arbeitslose insgesamt gezählt wurden, stieg ihre Zahl in den folgenden Monaten auf 1080, 1745 und im Berichtsmonat November auf 2210 = 2,2 Proz. In noch stärkerem Verhältnis stieg die Zahl der Kurzarbeiter vom August mit insgesamt 251 = 0,2 Proz. Kurzarbeitern in den folgenden Monaten auf 1342.

3760 bis auf 4027 = 4,0 Proz im November, so daß am letzten Sonntag 6237 = 6,2 Proz. Arbeitslose und Kurzarbeiter vorhanden waren. Die Zahl der Arbeitslosen sowohl wie die der Kurzarbeiter ist bei den weiblichen in erheblich stärkerem Maße gestiegen, als bei den männlichen. Während die Zahl der männlichen Arbeitslosen vom August bis November von 206 auf 414 stieg, also sich verdoppelte, ist sie bei den weiblichen von 589 auf 1796 gestiegen, sie hat sich demnach verdreifacht. Ähnlich ist das Verhältnis bei den Kurzarbeitern. Diese waren in dem gleichen Zeitraum bei den männlichen von 83 auf 874 gestiegen, sie hatten sich also verzehnfacht. Während die Zahl der weiblichen Kurzarbeiter von 168 auf 3153, also auf rund das zwanzigfache, stieg. Die 874 männlichen und 3153 weiblichen Kurzarbeiter Ende November verteilten sich auf 60 Orte und 141 Betriebe.

Ist der Arbeitsmarkt im allgemeinen noch kein schlechter, so leiden manche Zahlstellen dennoch außerordentlich stark darunter. So hat z. B. Dresden mit 8900 Mitgliedern rund 1500 = 20 Proz. Arbeitslose und Kurzarbeiter; Kassel bei 652 Mitglieder 112 = 17 Proz.; Frankfurt a. D. bei 344 Mitgliedern 168 = 48 Proz.; Bünde mit 119 Mitgliedern 25 Arbeitslose usw. Trotz der verschlechterten Konjunktur hat sich der Mitgliedsbestand weiter erheblich gehoben, so daß wir diesmal zum erstenmal 100 574 Mitglieder verzeichnen können.

Die Berichterstattung war im allgemeinen eine ziemlich gute. Nur einzelne Zahlstellen sind noch immer außerordentlich nachlässig. Insbesondere fallen hierbei Hirschberg, Ohligs, Worms und Gelsenkirchen unangenehm auf, die trotz wiederholter Mahnungen die Berichtskarte nicht einlieferten. Von Danzig, Mainz, Neubamm, Esersohn und Freiburg gingen die Karten so spät ein, daß sie zur amtlichen Berichterstattung nicht mehr benutzt werden konnten.

### Gegen den Friedensvertrag

veranstalteten die gewerkschaftlichen Spitzenverbände\*) unter der Leitung von Wiffell eine gemeinsame Kundgebung des ADGB, der AFD, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gewerkschaftsrings Deutscher Arbeiter, Angestellter und Beamtenverbände, in denen je ein Vertreter dieser Gewerkschaftsrichtungen in kurzen Referaten den Friedensvertrag in seiner Wirkung auf die deutsche und auf die Weltwirtschaft, den Zusammenbruch der deutschen Sozialpolitik und den Untergang der deutschen Kultur darstellten. Nach den Berichten der Tagespresse wurde am Schluß der Veranstaltung nachstehende Entschlieung angenommen:

Die am 11. Dezember im deutschen Reichstagsgebäude versammelten Vertreter der gesamten deutschen Gewerkschaften erklären einmütig, daß sie den tiefsten Grund des immer mehr um sich greifenden deutschen Elends in dem auf der Weichseltal-Deutschlands am Weltkrieg aufgebauten Versailles Diktat erblicken.

Sie rufen das ganze deutsche Volk zum einmütigen Protest gegen dieses Diktat auf und sie werden nicht ablassen, der ganzen Welt gegenüber immer wieder das Recht des deutschen Volkes auf ein menschenwürdiges Dasein zu vertreten.

Sie fordern, daß der Vertrag von Versailles mit seinen unerfüllbaren Forderungen und seinen die Existenz des ganzen deutschen Volkes bedrohenden Lasten einer Revision unterzogen wird, durch die Deutschland die Lebensmöglichkeiten wiedergegeben werden.

\*) Wir zitieren dies nach den Mitteilungen der Tagespresse. Bezeichnenderweise brachte die Berliner bürgerliche Presse einen Hinweis auf diese Kundgebung bereits am Sonntag, den 10. Dezember. Die Berliner Arbeiterpresse nahm erst am Montag, den 11. Dezember, davon Kenntnis. Eine Einladung zu dieser Veranstaltung ist weder aus noch unserer Verbandsleitung zugegangen. Auf telephonische Anfrage unserer Verbandsleitung beim ADGB am Nachmittag des 11. Dezember wurde von dort mitgeteilt, daß der ADGB mit dieser Kundgebung nichts zu tun habe, Veranstalter sei die Berliner Gewerkschaftskommission. An der Veranstaltung wirkten zwei prominente Vertreter des ADGB als Hauptbeteiligte mit und der „Gewerkschaftliche Nachrichtendienst“, herausgegeben vom ADGB, bringt in seiner Ausgabe Nr. 78 einen ausführlichen Bericht, der ebenfalls wieder von den „gewerkschaftlichen Spitzenverbänden“ als Veranstalter spricht. Angesichts dieser Sachlage ist wohl die behandelte Frage gestärkt: Wer stellt denn nun eigentlich diese „gewerkschaftlichen Spitzenverbände“ dar und wer hat bei solchen Veranstaltungen Zutritt, wenn nicht einmal die in Berlin ansässigen Verbandsvorstände hiervon Kenntnis erhalten?

Insbondere verlangen sie eine Verminderung der Reparationslasten auf ein erträgliches Maß, wie sie sich andererseits nach wie vor bereit erklären, am Wiederaufbau Europas nach Kräften mitzuwirken. Sie wenden sich mit Entschiedenheit gegen die unhaltbare Lüge von der deutschen Urheberschaft am Kriege und erwarten, daß die Weichmarische aller am Kriege beteiligten germanischen Staaten ebenso der Welt geschnitten werden, wie die Ästen des deutschen auswärtigen Amtes.

Von der deutschen Regierung erwarten die Gewerkschaften, daß sie im Interesse des Volkes ihre Politik ganz in der vorgezeichneten Richtung orientiert.

Den Volksgenossen im besetzten Rhein- und abgegrenzten Saargebiet, die unter fremder Bedrückung schmachten, geben die gesamten deutschen Gewerkschaften die Versicherung, unverbrüchlicher Liebe und Treue ab.

### Die Bibliothek im Vatikan.

Unser Kollege Wertens-Büffel, 2. Vorsitzender des Internationalen Gewerkschaftsbundes, benutzte die Anwesenheit in Rom als Delegierter zum Internationalen Gewerkschaftskongress, um die Bibliothek im Vatikan zu besichtigen. Er betrachtete diese natürlich mit den Augen des Sachmannes und schätzte seine Eintritte in der „Bücherei“ Buchbinder-Beimung.“ Der Wirtel erheben selbst unseren amerikanischen Freunden, welche sonst für Europa nicht viel übrig haben, ist interessant, daß sie ihn in ihrer in englischer Sprache erzielenden Zeitung im Urteil (also französisch) wiedergaben. Wir heilten es für angebracht, unseren Mitgliedern eine Beschreibung zu bringen.

„Zwischen Köln und Paris führt der Weg nach Rom“, habe ich in der Schule singen gelernt. — Und wie viele Jahre sind seitdem verfloßen, bis ich endlich im Monat Juli Gelegenheit hatte, mich von der Wahrheit dieses „Singsanges“ zu überzeugen.

Sich nach Rom zu begeben, ohne den Vatikan zu besuchen, ist natürlich eine glatte Unmöglichkeit. Deshalb habe ich die Gelegenheit benützt, um nach Schluß des Internationalen Gewerkschaftskongresses ganz für mich allein und mit der nötigen Aufmerksamkeit diese in der ganzen Welt so berühmten Büchereien zu besichtigen. Ich beabsichtige durchaus nicht, hier ein Exposé zu geben über den ästhetischen Genuß, welchen der Besucher bei Betrachtung der unzähligen und prächtvollen Kunstschätze empfindet.

Aber ich kann mich nicht enthalten, einige Worte über den Eindruck zu verlieren, welchen bei einem Spaziergang durch die zahllosen Bibliothekssäle ein Buchbinder empfindet, der seinen Beruf liebt.

Die meisten Bücher sind in Schränken untergebracht. Andere, und wahrlich nicht die unbedeutendsten, werden in Glasfächern zur Schau gestellt. Dadurch wirken sie noch eindrucksvoller in diesen marmorgelassenen Prunksälen, deren Wände, Pfeiler und Decken in den wunderbaren Farbenfärbungen erstahnen und mit künstlerischen Gemälden bedeckt sind. Unter den verschiedenen Schränken und Tafeln, die mit auserlesenen, künstlerischem Geschmack hergestellt sind, deren Unterseite aus verschiedenen Arten von Marmor bestehen, enthalten einige kostbare Vasen, die im Laufe der Jahre von ebenso vielen gekrönten wie ungekrönten Machthabern den Päpsten zum Geschenk gemacht worden sind. Man sieht da friedlich vereint in einem Saale Vasen von unvergleichlicher Bornreife und künstlerischem Geschmack, die Geschenke darstellen, z. B. vom Präbidenten der französischen Republik vom Jahre 1893, Carnot, an den Papst Leo XIII., neben denjenigen, welche dem Papst Pius IX. im Jahre 1868 von Wilhelm I., König von Preußen, verehrt wurden und daneben wieder diejenigen des Marschalls Mac Mahon, des zweiten Präsidenten der französischen Republik.

Drei Säle mit großen Glasfächern enthalten eine Sammlung von beschriebenen Papyrusblättern, wie eine solche wahrscheinlich in der ganzen Welt nicht wieder in der gleichen Vollkommenheit existiert. Die Papyrusblätter sind allenthalben mit der größten Sorgfalt auf Leinwand aufgezogen, um sie zu erhalten.

In einem anderen Saale befinden sich Originalbriefe des Königs Heinrich VIII. von England, welche er an Anna Bolens geschrieben hatte, bevor sie seine zweite Frau geworden war, und die später unter der Beschuldigung des Hochverrats und des Ehebruchs enthaupet wurde. Daneben befinden sich Briefe vom Luther aus dem Jahre 1535.

Unter den ausgestellten Büchern befinden sich solche aller Zeiten. Es gibt ihrer aus dem 4. und 5. Jahrhundert. Ein aus Pergament bestehendes, außerordentlich seltenes Buch: „Vigilio Vaticano, scriptura capitale rustica, seculo 4<sup>to</sup>“ zog ganz besonders meine Aufmerksamkeit auf sich. Ein anderes, ebenfalls aus dem 4. Jahrhundert stammendes, in „scriptura onciale“ geschriebenes, erschien mir gleichermaßen besonders bemerkenswert. (Von der römischen, oncialischen Schrift kommen die großen Buchstaben her, welche seit dem 4. Jahrhundert in Gebrauch sind.) Eine „Divina Comedia“ (Stilliche

Komödie) von Dante, ebenfalls auf Pergament und in Schweinsleder gebunden, ist in derselben Nachbarschaft ausgestellt. Besonders erwähnen zu werden verdient noch ein Buch „Topographica cretiana“ vom Jahre 699, in bunten Farben auf Pergament hergestellt, dessen Einband der Zeit nicht hat widerstehen können und der deshalb mit erneuert werden mußten, um das Buch nicht ganz und gar dem Verderben auszuliegen.

In den Gemächern des Borgo (Papst von 1492 bis 1503 unter dem Namen Alexander VI. und berüchtigt infolge seines privaten Lebenswandels) findet man einen kostbaren Tresor mit allen Sorten von Büchern aus dem 15. und 16. Jahrhundert, die meisten von ihnen in Pergament.

Ein „Wissel“ (Rechnbuch), Geschenk des österreichischen Kaisers aus dem Jahre 1868 an den Papst Pius IX., erregte gleichfalls meine besondere Aufmerksamkeit. In rotes Leder gebunden, sind in dem Deckel goldene Plaketten eingearbeitet und selbst auf dem Rücken befinden sich goldene Zieraten, welche mit leuchtenden blauen Perlen überfärbt sind. Die Vor- und Rückseite des Einbandes ist mit Figuren in Emaille ausgelegt, deren Wirtel dortstellend.

Besonders bemerkenswert ist dann noch die geweihte Bibel, die im Jahre 1295 vollendet wurde. Sie ist ungefähr 40 Zentimeter breit und 60 Zentimeter hoch, bei einer Stärke von 35 bis 40 Zentimetern. Auf dem Rücken befinden sich 9 Schnüre von 2 Zentimeter Durchmesser; der Einband besteht aus glattem, braunem Leder, die Ecken sind mit Kupfer eingesägt und außerdem tragen die Vor- und Rückseite die vier mächtige Zwickel, ebenfalls aus Kupfer. — Darunter befindet sich als Gegenstück ein kleines Gebetbuch, wahrscheinlich das kleinste der Welt, das ungefähr 5 Zentimeter in der Höhe und 3 Zentimeter in der Breite mißt bei einer Stärke von einem Zentimeter.

Unter den Wandgemälden der Bibliothek befindet sich eines, das unseren Beruf betrifft. Es ist betitelt: „Bibliotheca Caesariensis“. Zur rechten sind Schriftgelehrte und Künstler platziert, welche Bücher schreiben oder mit Zieraten versehen. Zur Linken sind drei Buchbinder bei der Arbeit abgebildet. Zwei von ihnen sind an einem Tisch mit dem Heften eines Buches beschäftigt, ohne von einer Heftlade Gebrauch zu machen und in einer Körperhaltung, die vollkommen von derjenigen abweicht, welche wir beim Heften eines Buches einnehmen. Weiter hinten, in der Ecke, sitzt ein Buchbinder auf einem niedrigen Stuhle, ein Buch in der Handpresse zwischen den Beinen und damit beschäftigt, das Buch mit einem Messer oder einem ähnlichen, mit zwei Handgriffen versehenen Instrument (Beschneidehobel?) so gut als möglich zu beschneiden. Von diesem Bilde gab es leider keine photographische Reproduktion mehr, was ich außerordentlich bedauere, denn ich hätte es gern zur Erbauung unserer Mitglieder in unserer Zeitung veröffentlicht.

Es ist ohne weiteres klar, daß diese wenigen Zeilen nur einen schwachen Abtast der vielen Sehenswürdigkeiten wiedergeben können, die sich in der Bibliothek des Vatikan aufgestapelt finden. Nichtsdestoweniger werden sie unsere Mitglieder in den Stand setzen, mit mir zu erklären, daß ein Besuch vollauf der Mühe lohnt und daß es auf das lebhafteste zu bedauern ist, daß derartige Sammlungen nicht in allen Ländern vorhanden sind.

Die Kunst ist nur ein Handwerk in der Hand des Durchschnittsmenschen. Das Handwerk aber ist eine Kunst, wenn man es ordentlich ausüben versteht.

### Aus unserem Beruf.

**Buch- und Schriftkustausstellung in Frankfurt a. Main.**

Im Jahre 1916 verstarb in Frankfurt a. M. der Frankfurter Bürger Dr. Albert Linel. Er vermachte testamentarisch seine umfangreiche Buch- und Schriftkustsammlung der Stadt Frankfurt a. M., die diese kostbare Erbschaft nun in einer Ausstellung, die am 10. Dezember eröffnet wurde, zum Teil der Öffentlichkeit zugänglich machte. Zum Teil nur, denn die Schätze der Sammlung sind so viele, daß man damit ein großes Haus als Museum füllen könnte. Man hat zunächst einen großen Raum im Kunstgewerbemuseum damit gefüllt. Bücher aller Völker der Erde, aus allen Jahrhunderten, Handschriften, Pergamente, Urkunden, Stammbücher und anderes merkwürdiges Buchmaterial ist vorhanden. Mit der Eröffnung dieser Ausstellung ist ein Studienort für das Buchbindergerwe geschaffen, der nicht nur auf das Gewerbe in Deutschland, sondern auch weit über die Grenzen hinaus befruchtend wirken wird. Kein Angehöriger des deutschen Buchbindergerwebes sollte, wenn er Gelegenheit hat, nach Frankfurt a. M. zu kommen, versäumen, diese Ausstellung zu besuchen. Er wird taufendfache für seinen Beruf wertvolle Anregungen erhalten, die reichlich für aufgewandte Zeit und Geldopfer entschädigen.

34252 Bücher und Zeitschriften

sind im Jahre 1921 in Deutschland erschienen; fast 2000 mehr als im Vorjahre. Die von der Bibliographischen Abteilung des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler bearbeitete und jetzt veröffentlichte „Systematische Uebersicht“, die die Wissensgebiete in 19 Gruppen gliedert, weist nach, daß in dieser Zahl enthalten sind (die eingeklammerten Zahlen sind die von 1920): 22 145 (19 078) Neuerwerbungen an Büchern, 7140 (8715) weitere Auflagen von Büchern und 4967 (4552) Zeitschriften; von diesen sind also 415 mehr erschienen, obwohl ihre Zahl in fünf Fächern zurückging, nämlich: Sprach- und Literaturwissenschaft, Geschichte, Erdbeschreibung und Atlanten, Schöne Literatur, Jugendschriften. In sechs Fächern ging die Gesamtanzahl an Büchern und Zeitschriften zurück, während von der erheblich verminderten Ausgabe weiterer Auflagen von Büchern fast alle Wissensgebiete (mit Ausnahme von vier Gruppen) betroffen sind. Bei Büchern sind es fünf Gruppen, die Mindererzeugung gegen das Vorjahr aufweisen; erheblicher die Schöne Literatur und die Philosophie, während Natur- und Rechtswissenschaft vor allem auch in den weiteren Auflagen zurückgingen. Schöne Literatur blieb in allen drei Erscheinungsarten gegen das Vorjahr stark zurück. Die wirtschaftliche Lage des Druckgewerbes und der Buchbinderei hat sich auch hiermit relativ verschlechtert, denn die nun fehlenden Auflagenbrüche waren es, welche die bessere Ausnutzung der Maschinen brachten.

Mißstände im Linierervereuf.

Die Ausführungen des Kollegen S. kann ich nur unterstreichen. Es können nicht genug Zusammenkünfte innerhalb unserer Sektion stattfinden. An Hand von Skizzen und Bildern muß versucht werden, dies und jenes Maschinensystem den Verammelten vor Augen zu führen und zu erklären: wie heißt der Teil, was hast du zu tun, wenn sich diese und jene Mängel einstellen usw.? Auf diese Art helfen wir denjenigen Kollegen, die in der Ausbildung noch nicht vorgeschritten sind und helfen zugleich denen über den Berg, die noch nicht den Schneid gefunden haben, an dieser oder jener Maschine zu arbeiten. Dann möchte ich die Liniererkongresse bitten, einmal die Adresse der bestehenden Sektionen zu veröffentlichen. Es ist mancher Kollege vorhanden, der noch im Dunkeln herumtastet und durch Veröffentlichung der Adressen dann weiß, wo er hingehört. T. Glabisch-Bezpsig.

Internationales.

Tschechoslowakei. Der Verband der Buchbinder (Prag) sieht sich gezwungen, zugunsten eines Arbeitslosenunterstützungsfonds Extrabeiträge in Höhe von 0,40 Kr. bis 7 Kr., gestaffelt nach seinen Beitragssätzen, zu erheben. Unsere tschechoslowakische Kollegenschaft zählt jetzt an Beiträgen in den bestehenden fünf Klassen einschließlich der Extrasteuer: 2 Kr., 4 Kr., 6 Kr., 12 Kr. und 14 Kr. pro Woche.

Die „Buchbinder-Rundschau“, das Verbandsorgan unserer Kollegen in der Tschechoslowakei, berichtet über volle drei Wochen andauernde Verhandlungen wegen Abschlusses eines neuen Tarifvertrags. Die lange Dauer der Verhandlungen erklärt sich aus dem Bestreben der Unternehmer, die Arbeitsbedingungen nach jeder Richtung hin ganz wesentlich zu verschlechtern. Arbeitszeit, Lohn, Ferien, Feiertagsbezahlung, Betriebsvertretung und alle sonstigen Bestimmungen des alten Vertrages sollten zuungunsten der Arbeiter abgeändert werden. Gelingen ist ihnen dies nur in der Lohnfrage, in der ein Abbau von durchschnittlich 20 Proz. eintrat. Die Entlohnung erfolgt nach 6 Altersstufen und nach 4 Ortsklassen. Als Spitzenlohn für Gehilfen, der nach vollendetem 23. Lebensjahr gezahlt wird, gilt für die 4. Ortsklasse 305 Kr., 290 Kr., 275 Kr. und 260 Kr. pro Woche. Als Spitzenlohn der geübten Arbeiterinnen wird gezahlt: 159 Kr., 153 Kr., 148 Kr. und 142 Kr. Der Vertrag gilt bis zum 31. Dezember 1924.

Berichte.

Coburg. In unserer Mitgliedserversammlung vom 5. Dezember wurde an dem neuen Lohnabkommen mit dem Adel scharfe Kritik geübt. Es wurde auf neue bedauert, daß die lange gehegten Wünsche der Coburger Kollegen wiederum nicht in Erfüllung gehen. Coburg, das hinsichtlich der Teuerung den Großstädten des Reiches nicht nachsteht, ist immer noch in Lohnklasse 4. Die Kollegen der Eis- und Kartonnagenbranche erklärten, daß ihre Stundenlöhne im Verhältnis zu denen anderer Organisationen am Orte äußerst niedrig seien. Im Gegensatz zu der heutigen Teuerung am Orte würden diese Löhne als eine

Härte empfunden. Es würde daher ersucht, in Zukunft bei den Lohnverhandlungen unsere heutige Stellungnahme kundzugeben. Weiter wurde verlangt, die Lohnsteigerungen von Woche zu Woche eintreten zu lassen. Ein weiterer Punkt, der den Reichstagsrat der Buchbinder für uns fast unmöglich macht, ist die einseitige Einstellung der Arbeitgeber auf die bayerischen Verhältnisse. Immer wieder heißt es bei einem neuen Tarif: Wir gehören der bayerischen Buchbinderei an, wir brauchen den Tarif nicht zu bezahlen. Es wäre nur zu wünschen, daß durch die Verbindlichkeitsklärung des Tarifs diesem Uebelstand abgeholfen wird.

Rundschau.

Der Beirat des Metallarbeiterverbandes hat am 7. und 8. Dezember nach ausführlicher Erörterung der wirtschaftlichen Lage im Zusammenhang mit den Lohnverhältnissen, der Frage der Produktionssteigerung und des Achtstundentags der kürzlich veröffentlichten Entschließung der Reichstagsfraktion der DVP., die eine aktive Währungspolitik fordert, betriebstechnische und wirtschaftsorganisatorische Fortschritte als Voraussetzung einer Produktionssteigerung verlangt und die Befestigung des Achtstundentags mit aller Schärfe abgelehnt, zugestimmt. Der Beirat verwies alle Verbandsmitglieder auf den Ernst der gegenwärtigen Lage. Die wirtschaftliche und körperliche Bereitung schreitet fort; Unternehmer und bürgerliche Parteien aber verlangen trotzdem in immer stärkerem Maße eine verlängerte Arbeitszeit. Diesem unverantwortlichen Treiben gegenüber hielt es der Beirat für die Pflicht der gesamten Arbeiterschaft und ihrer Organisationen, jeden Angriff auf den Achtstundentag entschieden abzuwehren. Er begrüßte die Rundgebungen der Kollegen im Lande, den Achtstundentag mit allen Mitteln zu verteidigen und verschärft auch seinerseits unverbrüchliches Festhalten und schärfste Abwehr aller Angriffe auf den Achtstundentag. Voraussetzung für ein erfolgreiches Wirken auf diesen und allen anderen gewerkschaftlichen Gebieten aber sei das unbedingte Festhalten an der Organisation und peinlichste Beachtung aller gewerkschaftlichen Grundsätze.

Ferner beschloß der Beirat, angesichts des gesunkenen Geldwertes und der immer größer gewordenen Verschiedenheit der Lohnverhältnisse, den wöchentlichen Verbandsbeitrag vom 1. Januar 1923 an in Höhe des Stundenverdienstes festzusetzen und die Unterstützungsfähigkeit dementsprechend zu erhöhen.

Die ungarische Regierung gegen die Gewerkschaften. Nach der ungarischen Regierungsgewalt bereitet der Minister des Innern eine Gesetzesvorlage vor, die die politische Tätigkeit aus den Gewerkschaften ausschließen will. Es sei zwar nicht die Absicht der Regierung — behaupten die Regierungsblätter —, die wirtschaftliche Organisationsfreiheit der Arbeiterschaft zu unterbinden, sie will nur unmöglich machen, daß die Gewerkschaften in Zukunft auf die Politik einen Einfluß haben. Die Vorlage enthält strenge Strafbestimmungen und verfügt, daß derjenige, der gegen die Bestimmungen des Gesetzes verstößt, mit Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren und mit einer Geldstrafe bis zu 10 000 Kronen bestraft werden kann. Wie die ungarische Regierung die Organisationsfreiheit der Arbeiterschaft achtet, dafür ist bezeichnend, daß in den letzten drei Monaten sechs Gewerkschaftsblätter der ungarischen Eisenbahner verboten wurden, das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei sechsmal beschlagnahmt wurde, gegen seine Redakteure dreißig gerichtliche Verfahren eingeleitet wurden, die mit Gefängnisstrafen von insgesamt 27 Monaten endeten.

So ist die Sozialpolitik eines Landes beschaffen, dessen Vertreter auf der Konferenz des Internationalen Arbeitsamtes die eiserne Stirn hatte, zu behaupten, daß die ungarische Regierung zu jeder sozialpolitischen Maßnahme bereit sei.

Abrechnungen

vom 3. Quartal gingen weiter bis zum 19. Dezember bei der Verbandskasse ein von:

Röslin 363,90 Mt., Neuwied 17 000 Mt., Gotha 10 000 Mt., Zwickau 20 000 Mt.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von Danzig, Hanau, Halle a. S., Jümenau und Freiburg i. Br. Fr. Bender.

Adressenänderungen.

B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer. Dessau. Alles an den Kassierer Fr. Reifegerste, Amalienstr. 66a I, senden. Schmalkalden. Alles an den Kassierer Willy Hilber, Weidenbrennerstr. 26, senden. Torgau. Alles an den Kassierer A. Föft, Bäderstraße 8, senden.

Grüne u. blaue Buchbinderschürzen in Buchbinderfarben festfabr. anerkannter Qualität liefert m. Band oder Steife Gr. 80/100 80/110, 80/120 sowie Arbeitsjoppen- und Mäntel in schwarz gemieit. (Holl braun) und in beliebigen zum jeweiligen Tagespreis allerhöchst. A. C. Volz Fabrikation v. Berufsteilung. Stuttgart, Wollstr. 77. Tel. 2355. N. B.: Tägl. zahlreiche Anerkennungschr. v. m. Rundschau!

Glasgold Schmiltgold feinst seit 1840 E. Röhning Glasgoldfabrik Augsburg 64

Tätiger Jüngerer Linierer, welcher mit der 100 cm Bretten Rohböschigen Raighe vertraut ist in selbständige Dauerstellung gelocht. Offerten mit „G. E. 37“ an die Exped. dieser Zeitung.

Gummi arabicum, Druckfarben, Blattmetall, Goldbrünze, laßt stets jeden Rest- und Lagerposten G. Wankler, Nr. Schreiberhau (Niesengeb.), Kirchstraße 15.

Buchbindermeister, energisch und mit reichen Erfahrungen, auf allen Gebieten der Buchbinderei, der einem Personal von ca. 60 Personen mit Last und Sicherheit vorstehen und den Betrieb zu hohen Leistungen bringen kann, zum baldigen Eintritt gesucht. Es wird Wert darauf gelegt, daß der betreffende Herr durchaus selbständig und mit allen einschlägigen Maschinen vertraut ist und Zeichnungen abgeben kann. Ausführl. Angebote mit Zeugnisabdrücken und Referenzen unter „W. W.“ an die Exped. d. Ztg.

MECO Trocken-Kleber, kaltwasserlöslich, Kleistermehl für alle Buchbinderarbeiten Mechler & Co., G. m. b. H. Abt. Chem. Fabrik Mannheim — Industriehafen. Bei Anfragen Verwendungszweck angeben.

Der neue Reichs-Akkordlohnstarif für Buchbinderarbeiten ist durch alle Gau- und Ortsverwaltungen zu beziehen. Preis des Tarifes: für Mitglieder . . . 270,- Mark für Nichtmitglieder . 500,- Mark Für Porto und Verpackung (ab 15. Dezember) 45,- Mark extra. Alle Kolleginnen und Kollegen, die sich vor Schaden bewahren wollen, müssen im Besitze eines Reichs-Akkordlohnstarifes sein.

LEIM Leder-, Knochen-, Mischleim Fordern Sie Offerte m. Gratismustern ein Marcus Lissauer, Hamburg 13 Abt. Leimindustrie — Idastraße 11/13.